

Politische Berichte

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 78 DM

ermäßigtes Abo: 52 DM, Förderabo: 91 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73

Nummer 5/16. Jahrgang

9. März 1995

G 7756 D Preis 2,00 DM

Bundeswehr in den Balkan-Krieg?

Bundeskabinet will 2000 Mann schicken. Widerstand auf den Ostermärschen?

Voraussichtlich noch in diesem Monat wird der Bundestag über den ersten Out-of-Area-Einsatz der Bundeswehr zu entscheiden haben. Der Einsatz wird auf dem Balkan stattfinden.

Er ist gut vorbereitet. Resümiert man die Militärpolitik der Bundesregierung über die Jahre zurück, so kann man von einem lang und gut vorbereiteten Coup sprechen. Rund 2000 Soldaten hat das deutsche Verteidigungsministerium schon beim NATO-Hauptquartier in Brüssel angemeldet. Schon seit Monaten bereiten sich konkrete Truppenteile auf ihren Einsatz auf dem Balkan vor.

Bei der außen- und militärpolitischen Linie der Kohl-Regierung ist die jetzt vorgesehene Kriegsaktion nicht verwunderlich. Ärgerlich ist aber, daß im Bundestag der Widerstand gegen den Kriegskurs schwach entwickelt ist.

Die SPD ist in den letzten Wochen zunehmend auf Regierungskurs umgeschwenkt. Erwähnt sei hier nur die Aussage des außenpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion Voigt, der von einer Zustimmung der SPD für einen Einsatz deutscher Kampfflugzeuge über Bosnien sprach. Noch weiter geht jetzt der SPD-Bundesgeschäftsführer Verheugen. Er sehe keinen Grund, die Bundeswehr nicht auch in jene Gebiete einzuziehen zu lassen, die im Zweiten Weltkrieg von der deutschen Wehrmacht überfallen wurden. Konkret sprach er von der Balkanregion. Hier zieht er geschwind an der Propagandalinie der Bundesregierung vorbei, die bisher noch von „historischen Belastungen“ spricht, die den Einsatz deutscher Soldaten dort verbieten. Verheugen wendet sich da-



Foto: M. Scholz

her auch konkret gegen die Bundesregierung, wenn er ihr vorwirft, mit ihrer Politik „einen gefährlichen deutschen Sonderweg zu beschreiten“.

Die Polemik des Sozialdemokraten ist außerordentlich fadenscheinig. Was sich hier tatsächlich abspielt, ist ein abgestimmtes Spiel zwischen Bundesregierung und SPD. Die Regierung hält sich vornehm zurück, während die sogenannte Opposition drückt. Tatsächlich nimmt die Kohlregierung die gebotenen Argumente auf, und beide ziehen an einem Strang. Die große Kriegs-Koali-

tion ist schon Realität geworden. Von den Grünen ist ebenfalls nicht viel zu erwarten. Wie das Bundestagsprotokoll vermerkt, gab es bei der Rede des Abgeordneten Voigt auch viel Beifall aus den Reihen der Grünen. Lediglich die sicherheitspolitische Sprecherin der Bündnisgrünen, Angelika Beer, unterstützte in der Debatte den Antrag der PDS, alle Vorbereitungen für den Kriegseinsatz der Bundeswehr auf dem Balkan zu stoppen.

Damit sind also die Mehrheiten im Bundestag gesichert. Für die SPD ist

dabei schon jetzt klar, daß es nicht bei dem geplanten Einsatz von 2000 Soldaten bleiben wird. Denn, so Verheugen: „Eine prinzipielle Begrenzung der deutschen Hilfe auf eine bestimmte Mannschaftsstärke halte ich für unsinnig.“

Widerstand gegen den Kriegseinsatz ist jetzt nicht mehr nur eine Frage der richtigen Parole. Die PDS hat angekündigt, die Bevölkerung zu mobilisieren. Die Ostermarschaktionen sollten genutzt werden, um eine breite Abwehrfront gegen die Kriegstreiber zu initiieren. Gründe dafür gibt es genug. — (hav)

Metall: Der Abschluß sieht gut aus

152,50 DM Pauschale, dann 3,4% mehr Lohn

Das Verhandlungsergebnis in der bayerischen Metallindustrie, so wie es bis Redaktionsschluß 7. März 13 Uhr bekannt wurde, sieht sehr gut aus. Von Januar bis April 1995 wurde ein monatlicher Pauschbetrag von 152,50 DM vereinbart. Ab Mai 1995 sollen 3,4% Lohnerhöhung gezahlt werden für sechs Monate, ab November 1995 sollen 3,6% gezahlt werden bis Ende 1996. Die 35-Stunden-Woche tritt — wie vorgesehen — zum 1. Oktober 1995 in Kraft. Die Arbeitgeber verzichten auf die „Kompensation“, das heißt eine entsprechende Kostenentlastung. Die Zahlung von 52 DM monatlich vermögenswirksame Leistungen laufen unverändert weiter, der entsprechende Vertrag bleibt für fünf weitere Jahre in Kraft. Die sogenannte „Beschäftigungssicherung“, mit dem letzten Tarifabschluß vereinbart, soll auch 1996 weiterlaufen,

d.h. Verzicht auf vollen Lohnausgleich bei weitergehender Arbeitszeitverkürzung aus Beschäftigungssicherungsgründen.

Hat die Verhandlungskommission der IG Metall das getan, wovon in Gewerkschaftskreisen vielfach gewarnt worden war, nämlich ein vorzeigbares Lohndatum mit einer Verlängerung der Laufzeit erkaufte? Die spannende Frage am Dienstag vormittag war nun, ob die 3,6% der zweiten Stufe, die bis Ende 1996 gelten sollen, auf einen um 3,4% erhöhten Ausgangslohn berechnet werden? Die Zustimmung von den Streikenden, die jetzt vermeldet wird, besagt, daß das Verhandlungsergebnis so verstanden wird.

Die kalte Dusche wäre die Lesart, daß die 3,6% ebenso wie die 3,4% auf den alten Tarif berechnet werden. Das hieße, daß ab 1. November 1995 lediglich eine

Anhebung um 0,2%. Solche Meldungen kamen im Rundfunk und wurden durch die veröffentlichten Berechnungen bestätigt. Die Volumenberechnung des Abschlusses wurde von der IG Metall für 1995 mit 4% beziffert, von den Arbeitgebern mit 3,8%. Ab Mittag vermeldet der Rundfunk dann Erhöhung um 3,4% und ab November um „weitere“ 3,6%. Auch ein Arbeitgeberfax über das Ergebnis hat diesen Wortlaut. Ein weiteres Fax der IG Metall bestätigt nun definitiv, daß die 3,6% auf die Basis des um 3,4% erhöhten Tariflohns gezahlt werden.

Das bedeutet, die IG Metall hat aus einer Position der Stärke heraus — und das in Bayern — einen beachtlichen Erfolg erkämpft. Die wüsten Angriffe von Gesamtmetall auf bedeutende Teile des Tarifvertrags sind abgewehrt und die 35-Stunden-Woche ab heuer definitiv

durchgesetzt. Wie wirkt nun der Kompromiß auf der Lohnseite? In Lohngruppe 9, die mit 3298 DM Monatsentgelt etwa dem tariflichen Durchschnitt entspricht, beträgt die Erhöhung, auf das ganze Jahr 1995 berechnet, 146 DM gleich 4,4 Prozent. Da wir vermuten, daß die Pauschalzahlung effektiv gilt und nicht in den Tarif eingeht, wäre richtigerweise das Effektivinkommen anzusetzen. Bei einem angenommenen Faktor von 1,2 würde das in LG 9 bei 3958 DM liegen, die Erhöhung läge heuer bei 165 DM gleich 4,2 Prozent.

Die Pauschale — so niedrig sie ist — bringt den Abschluß bis in mittlere Gehaltsklassen auf 4% und in den unteren Lohngruppen an die 5% heran. Die offizielle Inflationsrate, die in Bayern zur Zeit bei 2,4% liegt, ist deutlich übertrafen und dürfte auch nächstes Jahr mit den 3,6% gehalten werden. — (cls, poj)



Das neue BKA-Gesetz

Von Jürgen Korell

Am 7. Februar hat das Bundeskabinett ein neues Gesetz über das Bundeskriminalamt (BKA) beschlossen. Mit dem Gesetz soll unter anderem dem Volkszählungsurteil von 1983 Rechnung getragen werden.

Das BKA ist zentrale Einrichtung zur Zusammenarbeit in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten zwischen Bund und Ländern sowie außerdem nationales Zentralbüro für Interpol. Um das polizeiliche Auskunfts- und Nachrichtenwesen zu gewährleisten, ist das BKA zentrale Datensammelstelle und zum umfassenden Datenaustausch berechtigt. Der Datenpool des BKA wird von allen Ermittlungsstellen gespeist und steht allen zum Datenabruf bereit. So sind alle Dienststellen vom Bundesgrenzschutz über den Zoll bis hin zu den Länderpolizeien Datenlieferanten wie Datennutzer. Doch auch international soll der Datenaustausch gewährleistet werden. In § 14 heißt es: „Das Bundeskriminalamt kann an Polizei- und Justizbehörden sowie an sonstige für die Verhütung und Verfolgung von Straftaten zuständige öffentliche Stellen anderer Staaten sowie zwischen- und überstaatliche Stellen, die mit Aufgaben der Verhütung und Verfolgung von Straftaten befaßt sind, personenbezogene Daten übermitteln...“ Sachfahndungsdaten können im On-line-Verfahren mit

den zentralen Polizeidienststellen anderer Staaten gegenseitig abgerufen werden. Sofern die Sachfahndungsdaten einer positiven Überprüfung unterliegen, wird in diesem Zusammenhang vor den personenbezogenen Daten nicht haltgemacht.

Bei der Verhinderung und Verfolgung „von Straftaten von erheblicher Bedeutung“ sowie zur Abwehr einer bestehenden Gefahr dürfen personenbezogene Daten zu Zwecken der Fahndung oder polizeilichen Beobachtung international on-line abgefragt werden. Der schon in der Vergangenheit international praktizierte Datenaustausch erhielt damit eine legale Grundlage. Das Schengener Informationssystem (SIS) ist ein Beispiel für derartigen Datentransfer.

Neu im Gesetz ist die Erlaubnis zum Einsatz technischer Mittel zur Eigensicherung, d.h. außerhalb und innerhalb von Wohnungen darf gelauscht, videoüberwacht und aufgezeichnet werden, wenn es die Sicherheit der ermittelnden Beamten erfordert. Gemeint sind nicht nur die verdeckten Ermittler, sondern jeder BKAlerIn, ob sie verdeckt oder erkennbar auftritt. Das heißt auch, daß der verdeckte Ermittler die Wanze nicht mehr am Körper tragen muß, weil Wohnungen klandestin verwandt, fotografiert und gefilmt werden dürfen. Das aufgezeichnete Material kann gespeichert werden und wird erst gelöscht, wenn es zur Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist. Und darüber entscheidet das BKA.

Zu Beweiswecken im Strafverfahren können die so gewonnenen Informationen bei Mord, Totschlag, erpresserischem Menschenraub, Geiselnahme, einem Angriff auf den Luftverkehr oder bei den sogenannten Katalogstrafen nach § 100a, 1, 4 StPO verwendet werden. Gerade bei Verstößen nach § 100a, 1, 4

StPO besteht so über die Eigensicherung die Möglichkeit, den großen Lauschangriffen im Strafverfahren einzuführen.

Strafverfolgend darf das BKA beim international organisierten illegalen Waffen- und Rauschgifthandel, bei Falschgelddelikten und international organisierter Geldwäsche, bei Tötungsdelikten gegen den Bundespräsidenten, Mitglieder des Bundestages und des Bundesverfassungsgerichts, Gäste der Verfassungsorgane und Mitglieder diplomatischer Vertretungen, in den Fällen international organisierter Straftaten nach § 129a StGB sowie Nötigungen der Verfassungsorgane und Staatsoberhäupter tätig werden. Damit ist das

Der Föderalismus im Polizeibereich wird unterlaufen

BKA in diesen Fällen nicht auf den Ermittlungsauftrag des Generalbundesanwalts angewiesen. Womit Defizite bei der Strafverfolgung vermieden werden sollen. Trotzdem können der Generalbundesanwalt, eine Landesbehörde oder der Bundesinnenminister das BKA in anderen Fällen um Ermittlungen ersuchen oder beauftragen.

Neben diesen vielfältigen Aufgaben obliegt dem BKA der Schutz von Mitgliedern der Verfassungsorgane sowie der Schutz gefährdeter Zeugen (Zeugenschutz).

Im Bereich des Personenschutzes kann das Bundeskriminalamt Identitätsfeststellungen, Durchsuchungen von Personen und Wohnungen sowie erkennungsdienstliche Behandlungen durchführen. Platzverweise sind zum Schutz gefährdeter Personen in der BKA-Lex ebenso verankert wie die Möglichkeit des Polizeigewahrsams. Dadurch wurden dem BKA nach dem

Bundesgrenzschutz Aufgaben der Gefahrenabwehr übertragen, wie sie in den Polizeigesetzen der Länder weiter gefaßt sind. Das ist ein erster Schritt, dem Bund Länderkompetenzen zu übertragen, um letztendlich das föderalistische System im Sicherheitsbereich vollends zu unterlaufen.

Jürgen Korell ist Sprecher der „Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten, Hamburger Signal e.V.“

Wer nicht bequem ist, sollte

UNBEQU^{EM}

abonnieren

Die ¼-Jahres-Zeitung der



Bundes-

arbeitsgemeinschaft

Kritischer

Polizistinnen u. Polizisten

(Hamburger Signal) e.V.

Probeabo 15.- DM in bar oder Briefmarken für vier Ausgaben

Bestellungen an:

Redaktion Unbequ^{em},

c/o J. Korell, Wiesentalstr. 4
65207 Wiesbaden

AKTUELL IN BONN

Währungskrise zu Lasten Waigels

Die anhaltende internationale Spekulation gegen den Dollar und andere EWS-Währungen und zugunsten der DM bedrohen Waigels nächsten Haushalt. Bei Redaktionsschluß gab es ernsthafte Sorgen, der Dollar könne sein „historisches Tief“ von 1,387 DM je Dollar noch unterbieten. Das würde zwar die Rohstoffimporte deutscher Konzerne, vor allem die Öleinfuhr, verbilligen. Aber die Exportpreise deutscher Konzerne kämen ebenfalls unter Druck, und: Waigels Haushalt 1996 würde leiden. Die Bundesbank ist nämlich gesetzlich gezwungen, ihre riesigen Dollarbestände zum tiefstmöglichen Kurs (derzeit: 1,38 DM) zu bewerten. Eine noch weitergehende Abwertung des Dollars würde die Bundesbank im nächsten Jahresabschluß zu entsprechenden Abwertungen zwingen. Die Folge: Der Jahresüberschuß sänke entsprechend. Waigel bekäme evtl. mehrere Milliarden DM weniger, als er bisher eingeplant hat.

Kostenstreit um UN-Abzug

Die Bundesregierung muß mit höheren Kostenrechnungen der UNO rechnen. Nachdem der US-Kongreß beschlossen hat, den US-Kostenanteil an „friedenserhaltenden Aktionen“ der UNO drastisch zu reduzieren, verkündete der deutsche UNO-General Eisele, die Bundesregierung müsse für den von der kroatischen Regierung geforderten Abzug der Blauhelme aus Kroatien bis zu 40 Mrd. US-\$ bezahlen. Verteidigungs-

minister Rühle wies dies zwar sofort als „Phantasiezahl“ zurück. Aber auch das Handelsblatt spricht von einer „Milliarden-Rechnung“, die zu erwarten sei, und meint kühl, das sei wohl der erste „Preis“ für den angestrebten ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Bonns UN-Botschafter Graf Rantzau sei deshalb auch „fassunglos“ gewesen, als er von Rühle aufgefordert wurde, bei der UNO sparsamer aufzutreten.

NATO-Ostausdehnung

Auf einem Treffen mit den Verteidigungsministern der USA, Frankreichs und Großbritanniens in Florida soll CDU-Verteidigungsminister Rühle einen angeblichen „Fahrplan“ für die NATO-Osterweiterung ausgehandelt haben. Danach werde US-Verteidigungsminister Perry als nächstes versuchen, Rußland doch noch zu einer „Partnerschaft“ mit der NATO zu bewegen. Bis Sommer solle zugleich eine NATO-Studie über die Ost-Beitrittskandidaten gefertigt werden, über die dann bis Herbst mit ihnen und den anderen NATO-Staaten beraten werde. Im Dezember soll dann der NATO-Rat formell über die Beitritte beschließen.

Kindergeld höher?

CSU-Finanzminister Waigel kommt beim Kindergeld immer mehr unter Druck. Jetzt soll auch die Mehrheit der Unionsparteien eine Anhebung des Kindergelds auch beim ersten Kind von bisher 70 DM auf künftig 200 DM befürworten. Waigel hatte bisher ab 1. 1. 1996

zusammen mit der Neuregelung des „Existenzminimums“ lediglich Anhebungen des Kindergeldes ab dem zweiten Kind vorgesehen.

Energie, „konsens“ strittiger

Wenige Tage vor den für den 16. März vorgesehenen Gesprächen zwischen der Bundesregierung, den SPD-geführten Bundesländern und verschiedenen Verbänden über einen neuen „Energiekonsens“ hat sich der Streit auch unter den Regierungsparteien verschärft. Die FDP lehnt immer schroffer jeden steuerlichen Ersatz für den gerichtlich kurz vor den Bundestagswahlen für verfassungswidrig erklärten „Kohlepfennig“ ab. Wenn dieser überhaupt gezahlt werde, müsse er aus Einsparungen an anderen Stellen „finanziert“ werden, fordert sie. Die SPD hat ihrerseits erklärt, ohne eine Garantie für die Kohleproduktion werde es mit ihr keinen neuen „Energiekonsens“ geben.

Streit um Ost-Mieten

Der von Bundesbauminister Töpfer mit den Bauministern der Länder in der letzten Woche ausgehandelte „Kompromiß“ über die Anhebung der Ost-Mieten erlaubt eine Anhebung der Ost-Mieten ab 1. Juli um 15% jährlich, ab 1. 1. 1997 sogar um jährlich 20 Prozent. Zugleich erlaubt die Vereinbarung Umlagen für „Modernisierungen“ bis zu 3 DM je Quadratmeter und Monat. In Ostberlin beträgt die Kaltmiete derzeit ca. 4,80 DM je Quadratmeter. Laut DIW ist die durchschnittliche Gesamt-Miete im

Osten von 1990 bis 1994 von 0,90 DM auf 6,90 DM je Quadratmeter gestiegen, die Mietbelastung gemessen am Einkommen vervierfachte sich von 4% auf 17% der Einkommen. Mit dem „Kompromiß“ müssen zahlreiche Mieter also reale Mietanhebungen um bis zu 50% fürchten. Entsprechend groß ist der Protest gegen den angeblichen „Kompromiß“ unter den Mietern. Die SPD verlangt jetzt eine „Nachbesserung“ indem bei Neuvermietungen eine „Kernpreisgrenze“ eingeführt wird.

Gewerkschaften verlieren Mitglieder

Die Gewerkschaften im DGB verzeichnen auch 1994 weitere Mitgliederverluste. In 1994 sank die Mitgliederzahl der DGB-Gewerkschaften um 511 auf 9,8 Millionen. Die stärksten Verluste mußten die IG Metall (minus 151 auf 3 Millionen) und die ÖTV (minus 120000 auf 1,88 Millionen Mitglieder) hinnehmen. 1993 und 1992 hatten die DGB-Gewerkschaften sogar jeweils 700000 Mitglieder verloren.

Was kommt demnächst?

Am 9. und 10. März tagen in Brüssel die EU-Innen- und Justizminister. Am 1. März reist Kanzler Kohl nach Kopenhagen zum UNO-Sozialgipfel. Am 1. März sollen in Bonn die nächsten Gespräche über einen „Energiekonsens“ stattfinden. Am gleichen Tag will die ÖTV ihre Forderungen für die Tarifau einandersezung vorlegen. Am 14. März sind Bürgerschaftswahlen in Bremen und Landtagswahlen in NRW.

U nabhängig davon, wie die Diskussion schließlich ausgeht und der endgültige Gesetzestext aussehen wird, macht der vorliegende Entwurf das Dilemma der Finanzpolitik aus dem Hause Waigel unverkennbar deutlich:

Was im Wahlkampf noch als großangelegte Steuerreform angekündigt wurde, scheint auf eine ideen- und konzeptionslose Flickschusterei am bundesdeutschen Finanzsystem hinauszulaufen. Auf Lobbys und Interessen von „Besserverdienenden“ wird eher Rücksicht genommen, als daß ein ernstgemeinter Versuch unternommen würde, ein vereinfachtes und auch sozial gerechteres Steuersystem auf den Weg zu bringen.

Gleichzeitig rächt sich die Finanzpolitik der vergangenen Jahre. Die keineswegs nur aus den „Lasten der Vereinigung“ zu erklärende galoppierende Neuverschuldung läßt sachbezogene Überlegungen aus der Sicht des Finanzministeriums kaum noch zu. Das Steuersystem ist nicht mehr Instrument zur politischen Lösung anstehender Probleme, sondern ihr Korsett.

Die im Entwurf des Jahressteuergesetzes geplante Form der Steuerfreistellung des Existenzminimums macht nicht nur dies nachhaltig deutlich. Darüber hinaus entspricht sie auch nicht den Intentionen des Karlsruher Urteils.

Die Richter gingen seinerzeit bereits für 1992 von einem durchschnittlichen Sozialhilfebedarf von 14000 DM aus. Die vom Ministerium vorgeschlagenen 12000 DM, die als Grundlage für die Steuerfreistellung dienen sollen, stellen für sie die untere Grenze dar.

Selbst die eigens von Waigel zu Rate gezogene „Bareis-Kommission“ ging im vergangenen Jahr von einem steuerfreien Existenzminimum von 13000 DM aus. Unter Berücksichtigung des Mehrbedarfszuschlags für Erwerbstätige betrug der tatsächliche sozialhilferechtliche Mindestbedarf bereits vor drei Jahren 13910 DM.

Der Bundesfinanzminister hat diese Fakten zum wiederholten Male ignoriert. Hinzu kommt, daß für ihn offensichtlich eine Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht existiert.

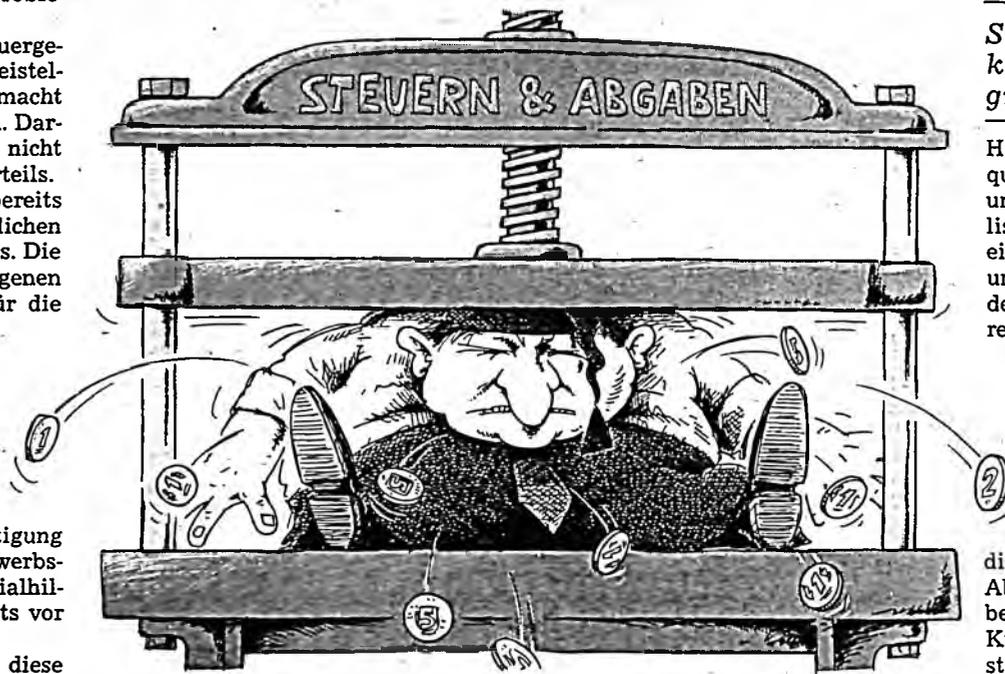
Doch damit nicht genug. Während es das Bundesverfassungsgericht als ausdrücklich verfassungskonform ansieht, daß nicht jeder Steuerpflichtige „vorweg in Höhe eines nach dem Existenzminimum bemessenen Freibetrags“ verschont werden muß, mißachtet der Minister auch diese Vorgabe. Statt das Existenzminimum durch eine angemessene Erhöhung des Grundfreibetrags von der Besteuerung auszunehmen, will er den Grundfreibetrag abschaffen. Die angekündigte Steuervereinfachung durch einen außertariflichen Abzugsbetrag von der Steuerschuld wird damit ad absurdum geführt.

Und schließlich wird noch in einem weiteren Punkt von einer sehr eigenwilligen Interpretation des Verfassungsurteils Gebrauch gemacht. Im Referentenentwurf ist vorgesehen, auch Einkommen bis 43400 DM für Alleinstehende bzw. 86800 DM für Verheiratete von der Grundentlastung profitieren zu lassen. Gleichzeitig ist durch eine Senkung der Grenzsteuersätze um 0,7% dafür gesorgt, daß selbst noch Bezieher höherer Einkommen in den Genuß der steuerlichen Entlastung des Existenzminimums kommen. Oberhalb des Existenzminimums — ab 12095 DM — soll der Steuersatz mit 19,2% beginnen. Ab 15000 DM (für Alleinstehende) bzw. 30000 DM (für Verheiratete) steigt er bis auf 29%. Somit werden von jeder knapp

Waigels Steuerpolitik: ideen- & konzeptionslos

Dr. Barbara Höll und Uwe-Jens Rössel über Waigels „Jahressteuergesetz 1996“

Gerade hat das Bundesfinanzministerium den Referentenentwurf des Jahressteuergesetzes 1996 vorgelegt, und schon ist um ihn eine heftige Diskussion entbrannt — eine Diskussion vor allem zu zwei Problemen, die schon seit längerem zwischen Koalition und Opposition kontrovers geführt wird. Einerseits spalten sich die Geister an der durch das Bundesverfassungsgericht auf den 1. 1. 1996 verbindlich datierten Steuerfreistellung des Existenzminimums; andererseits geht es um die Unternehmenssteuer- und Gemeindefinanzreform, die — so die Prognose des Ministeriums — in der nunmehr geplanten Form durch die Abschaffung der Gewerbesteuer und die Ermäßigung der Gewerbeertragssteuer verbesserte Bedingungen für Investitionen und damit auch für Arbeitsplätze schaffen sollte.



über das Existenzminimum hinaus verdienten Mark bis zu 0,29 DM an den Fiskus abgeführt! Der zunächst gewährte Vorteil wird auf diese Weise wieder Stück für Stück einbehalten.

Im Karlsruher Urteil ist hingegen zu lesen, „daß von den das Existenzminimum übersteigenden Einkommensteilen den Steuerpflichtigen jeweils angemessene Beträge verbleiben, also nicht ein Progressionssprung stattfindet, der die vertikale Gleichheit geringerer zu höheren Einkommen außer acht läßt“.

Die Bundestagsgruppe der PDS kann dieser Variante der Steuerfreistellung des Existenzminimums nicht zustimmen. Sie entspricht nicht den Vorstellungen des Karlsruher Urteils, ist inkonsequent und sozial unausgewogen.

PDS: 13000 DM steuerfrei, Spitzensteuersatz anheben!

Eine von den realen Gegebenheiten ausgehende Freistellung muß von einem Mindestbetrag von 13000 DM für Alleinstehende und 26000 DM für Verheiratete ausgehen und auf eine Verringerung der Steuerprogression für höhere und höchste Einkommen verzichten. Zur Finanzierung dieser Variante könnten z.B. die Erhöhung des Spitzensteuersatzes von gegenwärtig 53% auf 56% und der Abbau bzw. die Beseitigung des unzeit-

len Lage auf dem Arbeitsmarkt sind so nicht machbar. Aus vordergründig taktischen Erwägungen heraus und ohne konkretes Zahlenmaterial zugrunde gelegt zu haben, wird hier versucht, die für die notwendige Grundgesetzänderung erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag zu bekommen und die Kommunen mit Übergangsregelungen über den Tisch zu ziehen. Den „orts- und wirtschaftsbezogenen Verteilungsschlüssel“ der 6,6 Mrd., die die Kommunen als Anteil an der Umsatzsteuer erhalten sollen, will der Finanzminister durch ein Bundesgesetz regeln lassen. Dieses Gesetz aber kann nur einen vorübergehenden Schlüssel enthalten, denn die für eine endgültige Aufteilung notwendigen Daten der Finanzämter sind nach Auffassung der kommunalen Spitzenverbände erst in drei bis fünf Jahren verfügbar. Städte und Gemeinden würden also die Katze im Sack kaufen, über dessen Inhalt dann irgendwann allein mit den Stimmen der Regierungskoalition entschieden wird.

Selbst bei Unternehmen: kleine Firmen sollen belastet, große entlastet werden

Hinzu kommt, daß die Finanzierungsquelle des Referentenentwurfs völlig unakzeptabel ist. Anstelle einer Revitalisierung der Gewerbesteuer — also einer Verbreiterung der Steuerbasis und Senkung der Freigrenzen — führt der Entwurf, sollte er in dieser Form realisiert werden, zu Steuergeschenken der kleinen Unternehmen an die großen: Mit den Einnahmen aus der Verschlechterung der degressiven Abschreibungsmöglichkeiten will das Finanzministerium die 2,7 Prozentpunkte des Umsatzsteueraufkommens kompensieren, die die Kommunen erhalten sollen. Aber nur die großen Unternehmen haben einen Vorteil von der radikalen Kürzung der Gewerbesteuer. Die meisten Klein- und Mittelbetriebe sind gegenwärtig von der Gewerbesteuer befreit. Das bedeutet: Sie sparen durch deren Abschaffung nicht ein, müssen aber zahlen.

Die PDS zur Reform der kommunalen Finanzordnung

Die PDS-Bundestagsgruppe hat bereits in der vergangenen Legislaturperiode einen konkreten Entwurf für eine umfassende Reform der Kommunalfinanzierung vorgelegt. Neben der Revitalisierung der Gewerbesteuer bei gleitenden Freigrenzen für kleine Gewerbetreibende bzw. Handwerker schlagen wir u.a. eine Abschöpfung des Zuwachses an Bodenwert, der ohne besonderen Arbeits- und Kapitalaufwand des Eigentümers entstanden ist, und seinen Einsatz für die Nutzbarmachung von dringend benötigtem Wohnbauland in den Kommunen vor. Gleichzeitig fordern wir eine Neugestaltung des kommunalen Finanzausgleichs. Für die ertragsschwachen ostdeutschen Städte, Gemeinden und Landkreise muß eine langfristige Finanzpauschale aufgelegt werden, die sich an der Einwohnerzahl orientiert. Diese Vorschläge degradieren die kommunale Finanzreform nicht zu einem Anhängsel einer Unternehmenssteuerreform wie im Regierungsentwurf.

Alles in allem ist der vorliegende Entwurf des Jahressteuergesetzes 1996 konzeptionsloses Stückwerk — ein Torso, der kaum beratungsfähig ist.

Unternehmenssteuerreform: Weitere Umverteilung

In gleichem Maße unakzeptabel ist für die Bundestagsgruppe der PDS die im Referentenentwurf formulierte Position zur Unternehmenssteuer- und Gemeindefinanzreform. Die genannten Zielstellungen zur Investitionstätigkeit und zur Verbesserung der katastroph-

Keine Menschenrechte für Kurden?

Die Verbote kurdischer Vereine durch Kanther und Beckstein sind ein Skandal sondergleichen

Die Minister Kanther und Beckstein haben mit ihren neuerlichen Verboten kurdischer Vereine und Einrichtungen vergangene Woche eine Rechts- und Behördenpraxis weiterentwickelt, die rechtsstaatlichen Grundsätzen auf unerhörte Weise Hohn spricht. Das beginnt mit der Täuschung der Öffentlichkeit. So rechtfertigte Kanther sein Verbot des „Kurdistan-Informationsbüros“ (KIB) in Köln u.a. mit den jüngsten Anschlägen von Unbekannten gegen türkische Reisebüros. Die ERNK hat aber förmlich erklärt, sie habe mit diesen Anschlägen „nichts zu tun“ (zit. nach Kurd-A, 2.3.95), und vor allem: Die Verbotverfügung wurde von Kanther bereits Tage vor den letzten Anschlägen unterzeichnet!

Bereits im November 1993 hatte Kanther zahlreiche örtliche kurdische Vereine verboten, außerdem das Kurdistan-Komitee in Köln, den Dachverband Feyka Kurdistan und andere Einrichtungen sowie jede Betätigung für PKK und ERNK. Im Juli 1994 hatte aber das Bundesverwaltungsgericht den Vollzug der Verbote der örtlichen Vereine wieder aufgehoben, verbunden mit der Ankündigung an Kanther, er werde auch in der Hauptsache-Entscheidung scheitern. Was machte Kanther? Er suchte Hilfe bei seinem bayerischen Kollegen Beckstein, und nachdem dieser ihm zugesichert hatte, er werde die bayerischen Vereine mit einer anderen Begründung auf Landesebene verbieten, zog Kanther seine eigenen Verbotverfügungen gegen die kurdischen Vereine in Bayern wieder zurück! Am gleichen Tag, an dem Becksteins Polizei die jetzt von ihm verbotenen Vereine heimsuchte, überreichte frühmorgens ein Polizeibote einer Anwältin dieser Vereine die Mitteilung, Kanther habe seine Verbote zurückgezogen, das Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht sei mithin beendet. Dieses Bundesverwaltungsgericht, das dem Verbotskurs Kanthers teilweise im Wege stand, ist damit für die bayerischen Verbote gar nicht mehr zuständig. Widerspruch gegen die jetzt von Beckstein verhängten Verbote ist nur vor bayerischen Verwaltungsgerichten möglich, danach beim Bundesverfassungsgericht.

In Bayern sieht die Süddeutsche Zeitung den bayerischen Innenminister auch noch aus anderen Gründen „auf einem sehr schmalen Grat. Er führt, konsequent weiterverfolgt, geradewegs ins Gesinnungsstrafrecht.“ (3.3.1995) Das bayerische Innenministerium nennt nämlich als Gründe für seine Verbote beispielsweise des Münchner Vereins „Komala Kurdistan“, 1991 habe ein als PKK-Aktivist bekannter Kurde an der Gründungsversammlung teilgenommen und sei sogar in den Vorstand gewählt worden, 1992 habe der Verein eine Gedenkveranstaltung zum Gründungstag der PKK veranstaltet, auf der Bilder des PKK-Generalsekretärs Öcalan aufgehängt worden seien. In diesen Jahren war die PKK in der BRD überhaupt nicht verboten! Weiter beruft sich das Ministerium auf angebliche Versammlungen in den Vereinsräumen, bei denen Spendensammlungen beraten worden seien usw. Nur: Seit den von Kanther im November 1993 verhängten ersten Verboten kurdischer Vereine hat der Verein „Komala Kurdistan“ gar keine Vereinsräume mehr!

Für die kommenden Newroz-Feste der kurdischen Bevölkerung sind die Verbote Kanthers und Becksteins ein schlimmes Vorzeichen. — (rül)

Mit über 200 Teilnehmern fand vom 24. bis 26. Februar in den Räumen des Hauses am Kölnischen Park in Berlin die Internationale Kurdistan-Konferenz statt, organisiert von der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus, der PDS-Bundestagsgruppe, dem PDS-Parteivorstand und den Kurdistan-Informationsbüros (KIB) Köln und Berlin. Von kurdischer Seite waren u. a. der Ehrenvorsitzende der Demokratie-Partei (DEP), Yasar Kaya, und der Vorsitzende der Partei HADEP, Murat Bozlak, erschienen, aus England der Labour-Abgeordnete John Austin-Walker und Mark Muller vom „Kurdistan Human Rights Project“. Rechtsanwalt Hans-Eberhardt Schulz aus Bremen und Rechtsanwalt Ahues vom Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein, Rebecca Pini von medico

international, Jürgen Korell von den „Kritischen Polizisten“, die stellvertretende PDS-Parteivorsitzende Sylvia-Yvonne Kaufmann, Michael Schumann vom PDS-Vorstand, die Bundestagsabgeordnete der Grünen/Bündnis 90, Anke Dietert-Scheuer, die PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke, Steffen Tippach und Prof. Ludwig Elm, Gewerkschafterinnen, Mitglieder der Kurdistan-Solidaritätsgruppen und andere Gäste diskutierten mit ihnen über Möglichkeiten einer politischen Lösung. Zum Abschluß verabschiedete die Konferenz einen Appell, den wir im folgenden dokumentieren, und bildete einen „Arbeitsausschuß“, der die Zusammenarbeit festigen und eine Nachfolgekonferenz im nächsten Jahr, wieder in Berlin, vorbereiten soll. — (rül)

INTERNATIONALE KURDISTAN-KONFERENZ BERLIN, 24. BIS 26. FEBRUAR

Appell für die sofortige Beendigung der Türkei-Hilfe und eine politische Lösung in Kurdistan

Das türkische Regime weitet seinen Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk aus. Folterungen, Morde, Vertreibungen, die Zerstörung von Dörfern, die Verwüstung ganzer Regionen durch das Militär sind grausamer Alltag in Kurdistan. Der kurdischen Bevölkerung werden elementare Menschenrechte verweigert. Ihre Parteien sind verboten, ihre Zeitungen wurden geschlossen.

Die deutsche Bundesregierung unterstützt und bestärkt das türkische Regime in seinem Krieg gegen das kurdische Volk mit Waffen, Ausbildern und Geld.

Deutsche und türkische Polizeibehörden arbeiten Hand in Hand in der Türkei, aber auch bei der Verfolgung der kurdischen Exilbevölkerung in der BRD. Mehr noch: Die Bundes- und Länderregierungen heizen die Spannungen zwischen kurdischen Flüchtlingen und deutschen Behörden durch immer neue Festnahmen, Razzien und Angriffe auf kurdische Feste (Newroz) systematisch an.

Wir appellieren an alle Mitglieder des Deutschen Bundestages, der Länderparlamente, der kommunalen Parlamente, an Gewerkschaften, Menschenrechts- und Flüchtlingsgruppen, Solidaritäts- und Freundschaftsvereine, politische Parteien und Initiativen, gemeinsam mit uns für folgende Forderungen einzutreten:

1. Die Türkeihilfe in jeder Form muß beendet werden, solange der 1978 verkündete Ausnahmezustand in den kurdischen Gebieten der Türkei und die 1990 von der Türkei offiziell dem Europarat angezeigte Aufhebung der Menschenrechte in den kurdischen Gebieten andauert, das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes mit Füßen getreten wird.
2. Keine Kurdin, kein Kurde, die vor diesem Regime geflüchtet sind, dürfen von der Bundesrepublik ausgeliefert werden. Der Abschiebestopp muß unbefristet verlängert werden.
3. Jede polizeiliche Zusammenarbeit, jede Zusammenarbeit der Geheimdienste, jede juristische Zusammenarbeit und jeder Datenaustausch bundesdeutscher Behörden mit diesem Regime muß sofort beendet werden!
4. Die Bundesregierung muß öffentlich die türkische Regierung unter Druck setzen, endlich Schritte zu einer politischen Lösung zu ergreifen. Die Angebote der PKK, der Demokratie-Partei (DEP) und des kurdischen Exilparlaments zu einem politischen Dia-

log müssen durch die Bundesregierung aufgegriffen werden, um zu einer Lösung auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes und der Menschenrechte zu kommen. Die DEP-Abgeordneten müssen sofort freigelassen werden, das Verbot der DEP aufgehoben werden. Die anderen mehr als 20 verbotenen kurdischen Organisationen einschließlich der PKK müssen wieder zugelassen werden. gleichfalls müssen die Angriffe auf andere Parteien wie z.B. die Demokratische Partei des Volkes (HADEP) aufhören. Wir fordern die Rücknahme des Verbotes der Zeitung Özgür Ülke, Azadi und anderer prokurdischer Publikationen!

5. Alle deutschen Waffenlieferungen an die Türkei müssen sofort eingestellt werden!

6. In der Bundesrepublik selber müssen die auf Wunsch der türkischen Regierung verhängten Verbote gegen kurdische Einrichtungen, Vereine und Parteien zurückgenommen werden. Die in die Tausende gehenden Ermittlungsverfahren gegen Kurdinnen und Kurden wegen angeblicher „Fortsetzung verbotener Vereinigungen“ müssen eingestellt werden, bereits verurteilte Personen amnestiert werden. Wir fordern, daß die Verfolgung unter dem Vorwand der „Terrorismuskämpfung“ beendet, die §129a-Verfahren niedergeschlagen werden. Die menschenunwürdigen Sonderhaftbestimmungen für kurdische politische Gefangene in der BRD (Isolationshaft, Verbot, mit Besuchern kurdisch zu sprechen, keine prokurdischen Zeitungen) müssen aufgehoben werden.

7. Wir protestieren gegen den Versuch, den kurdischen Politiker Kani Yilmaz vor deutschen Gerichten anzuklagen. Wir appellieren an die englische Regierung, Kani Yilmaz aus der Auslieferungshaft zu entlassen und in ein Land seiner Wahl ausreisen zu lassen.

8. Die Presse-, Organisations- und Versammlungsfreiheit der kurdischen Exilbevölkerung in der BRD müssen wiederhergestellt werden. Kurdinnen und Kurden in der BRD müssen das Recht bekommen, ihren Kindern kurdische Namen zu geben, ihre Kinder das Recht, muttersprachlichen Unterricht zu erhalten. Die Angriffe auf kurdische Feste (Newroz) müssen aufhören!

9. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Bemühungen um den Aufbau eines kurdischen Exilparlaments als legitime Vertretung der kurdischen

Bevölkerung zu unterstützen und mit diesem Exilparlament offizielle Beziehungen aufzunehmen. Bei Beratungen des Bundestages, der Landtage oder kommunaler Vertretungen über kurdische Angelegenheiten müssen Vertreter des Exilparlaments hinzugezogen werden!

Wir appellieren an alle demokratischen Kräfte in dieser Republik, ein Zeichen zu setzen:

- gegen den menschenverachtenden Kriegs- und Konfrontationskurs der türkischen Regierung und der Bundesregierung in der kurdischen Frage,
- gegen die von Kohl, Kanther, Kinkel, Beckstein, Heckelmann und anderen verantwortlichen Politikern betriebene Verfolgung der gesamten kurdischen Bevölkerungsgruppe in diesem Land,
- für die Achtung von Menschenrecht und Menschenwürde,
- für die Respektierung des Selbstbestimmungsrechtes des kurdischen Volkes,
- für die deutsch-kurdische Freundschaft,
- für die Zusammenarbeit mit kurdischen Vereinen und Einrichtungen auf kommunaler Ebene, auf Landes- und Bundesebene, in Gewerkschaften, Menschenrechts- und Bürgerrechtsgruppen sowie in allen demokratischen Parteien,
- gegen den Abbau demokratischer Rechte und Militarisierung.

Solidarität mit dem kurdischen Volk ist ein Gebot der Menschlichkeit!

Erstunterzeichner/innen: Dagmar Rüdemburg (Mitglied des HBV-Landesbezirksvorstand Bayern und stellv. HBV-Hauptvorstandsmitglied); Marian Krüger, Sprecher AG Antirassismus der PDS; Wolfgang Dietrich, wiss. MA der PDS-Fraktion im LT Mecklenburg-Vorpommern; Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein Musa Anter e.V., Braunschweig; Kurdistan-Informationsbüros Niedersachsen (Braunschweig), Berlin und Köln; Freunde des kurdischen Volkes Hamburg; Rüdiger Lötzer, Kurdistan-Rundbrief; Han Osmann, Journalist; Sabine Hartwig, PDS-Thüringen; Ömit Yaziciolu, Jurist PDS Berlin; Elke Schuster (Berliner Compagnie); Françoise Hönle, Gewerkschafterin (Frankreich); Rainer Groß, Internationale Kommission beim PV der DKP; Andreas Schön, Internationale Kommission beim BV Hessen der DKP; Reinhold Kuhurich, Ratsmitglied Stadt Oldenburg; Heidi Lankisch, Wiesbaden; Ulla Jelpke (MdB, PDS); Marion Seelig (MdB, PDS, Berlin); Karin Dörre (MdB, Berlin); Sigrun Steinborn (MdB, PDS, Berlin); Eberhardt Schulz (Rechtsanwalt, Bremen); Jürgen Korell (BAG Kritische PolizistInnen e.V.); Rebecca Pini (medico international); John Austin-Walker (MP, Labour Party); Mark Muller (Kurdistan Human Rights Project, London); Otto Wiebus (IG Medien und DJU); Petra Pau (PDS-Landesvorsitzende Berlin); Dr. Peter-Rudolf Zolt (PDS-Fraktionsvorsitzender Berlin).

Deutscher Staat contra kurdische Presse

Von
M. Gross

Nach der faktischen Abschaffung der Versammlungs- und Organisationsfreiheit für KurdInnen in Deutschland versucht die Staatsanwaltschaft jetzt, ihnen auch die Presse- und Meinungsfreiheit abzusprechen.

Getreu dem Kantherschen sicherheitspolitischen Konzept mit dem sinnigen Namen „Offensive 2000“, in dem neben der Produktion von Kronzeugen als wichtigste Aufgabe im Kampf gegen den „gewalttätigen politischen Extremismus“ u.a. die „Intensivierung des Aufspürens von Verlagen und Druckereien, die Agitationsmaterial produzieren“, genannt wird (*Innenpolitik* Nr. V/1994), geht die Justiz seit einiger Zeit verstärkt gegen Publikationen vor, die authentisch über den Kampf in Kurdistan berichten.

Schon in einem Hinweis, den die Landeskriminalämter direkt nach den Verboten kurdischer Vereine im November 1993 an alle Regierungspräsidien, Polizeipräsidien, die Landräte und die Polizeidirektionen verschickten, sind mehrere Zeitungen aufgeführt, die unter das Verbot zu subsumieren seien: der *Kurdistan-Report* wird dort als „deutschsprachige Zeitschrift der ERNK“ bezeichnet, der *Kurdistan-Rundbrief* als „deutschsprachiges Info-Blatt der Feyka-Kurdistan und des Kurdistan-Komitees“ (obwohl er auch von mehreren deutschen Kurdistan-Solidaritätsgruppen herausgegeben wird).

Bei der Verfolgung und Kriminalisierung kurdischer Publikationen spielt das Landgericht München eine Vorreiterrolle: Es hat nach den Verboten im November 1993 jede Ausgabe des *Kurdistan-Reports* beschlagnahmen lassen und Verfahren angestrengt, beginnend mit der Sonderausgabe gegen die Ver-

bote. In dieser Sonderausgabe wurden neben einem Interview, in dem der Europavertreter der ERNK die Verbote aus kurdischer Sicht wertet, Stellungnahmen namhafter deutscher PolitikerInnen, RechtsanwältInnen und Menschenrechtsgruppen gegen die Verbote dokumentiert.

Im Beschlagnahmebeschluss vom 7.7.1994 führt das Gericht dann auch exakt aus, warum es eine Verbreitung dieser Ausgabe des *Kurdistan-Reports* verhindern will: „In diesem Druckwerk sind mehrere Artikel enthalten, die sich mit kurdischen Vereinigungen, insbesondere der ‚Arbeiterpartei Kurdistan‘ (PKK) und der ‚Nationalen Befreiungsfront Kurdistan‘ (ERNK), befassen.“ Es soll der deutschen Öffentlichkeit also unmöglich gemacht werden, sich sowohl mit den Einschätzungen und Stellungnahmen der kurdischen Vertreter als auch kritischen deutschen Stimmen gegen die deutsche Unterstützung des türkischen Regimes auseinanderzusetzen können.

Bislang sind all diese Verfahren sowohl gegen die presserechtlich Verantwortlichen wie auch gegen die VerteilerInnen eingestellt worden. Doch nun scheint es den bayrischen Behörden ernst zu sein: Nachdem der Münchener Staatsschutz im August bei einem Infostand des Vereins Komala Kurdistan mehrere Exemplare der Ausgaben Juni und Juli 1994 beschlagnahmt hatte, sind gegen die Vorstandsmitglieder des Vereins Verfahren wegen Verstoßes gegen das Betätigungsverbot nach dem Vereinsgesetz angeklagt. (PKK, ERNK und die kurdischen Vereine sind nach dem Vereinsgesetz verboten worden.) Die Staatsanwaltschaft München behauptet wiederum, diese beiden Ausgaben

enthielten Artikel, die „Unterstützungsscharakter“ für die PKK hätten, und außerdem sei das auf den Titelseiten abgebildete Logo des *Kurdistan-Reports* das Emblem der verbotenen ERNK. (Da gerade mit dieser Begründung schon häufiger *Kurdistan-Reports* beschlagnahmt worden sind, hatten die Verantwortlichen für den Infostand das Logo mit einem Aufkleber versehen, was der Staatsanwaltschaft aber nicht ausreichte.)

Parallel zu dem Verfahren in München, das aktuell noch nicht terminiert ist, läuft gegen den presserechtlich Verantwortlichen für diese beiden Ausgaben des *Kurdistan-Reports* ein Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft in Köln, ebenfalls wegen Verstoßes gegen das Betätigungsverbot. Außerdem soll er sich wegen Verunglimpfung der BRD (§90 StGB) strafbar gemacht haben, weil in der Juni-Nr. nochmals das Plakat abgebildet worden ist, das 1993 im Zusammenhang mit der Strafanzeige diverser Organisationen und Verbände (u.a. mehrerer Strafverteidigervereinigungen) gegen bundesdeutsche Stellen wegen Unterstützung des Völkermordes am kurdischen Volk erschienen ist. Aktuell scheint es so, daß die Staatsanwaltschaft in Köln mit einem Verfahren gegen den presserechtlich Verantwortlichen aber ein Urteil der bayrischen Gerichte abwarten will — sie scheinen auf die Becksteinschen Justiz zu setzen.

Im Laufe der Ermittlungen gegen den *Kurdistan-Report* wurde zudem mehrmals der Agri-Verlag in Köln durchsucht, er ist im Impressum des *Reports* als Kontaktadresse angegeben. Laut *junge Welt* vom 3.3.95 mußte der *Kurdistan-Report* jetzt sogar mit für das Ver-

bot und die Schließung des Kurdistan-Informationsbüros (KIB) in Köln herhalten. In der Verbotsverfügung des Innenministeriums wird das KIB als Herausgeber des *Reports* bezeichnet.

Parallel zu den Ermittlungsverfahren gegen den *Kurdistan-Report* läuft auch ein Verfahren gegen den presserechtlich Verantwortlichen der kurdischen Zeitschrift *Berxwedan*. Und es gibt immer wieder Berichte, nach denen kurdischen Gefangenen in bundesdeutschen Knästen der Bezug der Tageszeitung *Özgür Ülke* verweigert wird. So untersagte der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof den nach §129a inhaftierten kurdischen Gefangenen kürzlich in einem Beschluss den Bezug der Zeitung *Özgür Ülke* mit der Begründung, die Zeitung sei ein „Propagandaorgan der PKK“. Der Beschluss erging zwei Wochen, bevor *Özgür Ülke* in der Türkei verboten wurde...

In dem Verfahren vor dem Landgericht in München wird darüber entschieden werden, ob sich die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik authentisch über den Krieg in Kurdistan, über die Ziele und Methoden der kurdischen Befreiungsbewegung und unzensuriert über die Verstrickungen des deutschen Staates informieren kann.

Darum muß gekämpft werden, zumal klar ist, daß die erneuten Verbote des Kurdistan-Informationsbüros und der kurdischen Vereine in Bayern vom 2. März nur ein weiterer Schritt in der offenen Parteinahme der Bundesregierung für das türkische Regime und gegen eine friedliche Lösung in Kurdistan darstellen.

M. Gross ist presserechtlich Verantwortlicher des *Kurdistan-Reports*.

BUND WESTDEUTSCHER KOMMUNISTEN — BUNDESKONFERENZ

Zu den neuen Verboten kurdischer Organisationen und Einrichtungen

Die in der Öffentlichkeit hergestellte Verbindung der Verbote mit den Anschlägen von Unbekannten auf türkische Reisebüros ist einfach gelogen. Die Verbotsbeschlüsse wurden lange vor den letzten Aktionen dieser Art unterzeichnet. Die ERNK hat zudem bereits erklärt, sie habe „nichts mit den Aktionen zu tun“.

2) Die Verbotsverfügungen zeigen erneut:

Die Bundesregierung ist fest entschlossen, die durch die kurdischen Vereine und kurdischen Institutionen in der BRD gewährleistete authentische Information der Öffentlichkeit über die Untaten des türkischen Regimes und der deutschen Politik an dem kurdischen Volk mit allen Mitteln zu unterdrücken. Der kurdischen Bevölkerung soll jede Möglichkeit der legalen Unterrichtung der deutschen Öffentlichkeit über den Völkermord in Kurdistan geraubt werden. Die Bundesregierung betreibt die völkerrechtswidrige „Gruppenverfolgung“ aller kurdischen Einrichtungen, um ihre räuberische und menschenverachtende Machterweiterung im Mittleren Osten abzusichern. Dazu hat sie die größte Verfolgungswelle seit dem KPD-Verbot gestartet.

3) Mit der geplanten Wiederaufnahme der Abschiebung kurdischer Flüchtlinge, dem zu erwartenden Angriff auf die Newroz-Feste und der willkürlichen und unmenschlichen Inhaftierung kurdischer Politiker nach §129a wird die kurdische Bevölkerung aufs äußerste

gereizt. Die Provokationen und die Eskalation gehen von den deutschen Staatsorganen aus, während sich die kurdische Seite immer wieder um Deeskalation und politische Lösungen bemüht. Die Politik der Bundesregierung holt den Krieg aus Kurdistan in die BRD.

4) Die bayerischen Verbote sind in der Rechtsgeschichte ein vermutlich einmaliger Akt. Im November 1993 hatte Bundesinnenminister Kanther drei der jetzt von Beckstein verbotenen kurdischen Vereine bereits einmal verboten. Die Vereine klagten dagegen vor Gericht.

Im Juli 1994 hob das Bundesverwaltungsgericht darauf den Vollzug dieser Verbote auf, verbunden mit dem deutlichen Hinweis an Kanther, er werde auch im Hauptverfahren vor diesem Gericht — das noch gar nicht stattgefunden hat — mit seinem Verbotsversuch scheitern.

Jetzt hat der Bundesinnenminister seine Verbotsverfahren gegen die kurdischen Vereine in Bayern zurückgenommen! Am gleichen Tag, an dem die Vereine diese Nachricht durch Polizeiboten erhielten, erreichte sie die neue Verbotsverfügung, dieses Mal durch den bayerischen Innenminister.

Faktisch haben also Kanther und Beckstein im Wege der Amtshilfe die ersten — offenkundig aussichtslosen — Verbote kurdischer Vereine gegen neue, anders begründete Verbote ausgetauscht. Statt „Teilorganisation von Feyka Kurdistan“ lautet der Vorwurf

jetzt: „Unterstützung der PKK“. Das Bundesverwaltungsgericht, das den Vollzug der ersten Vereinsverbote in vielen Fällen ausgesetzt hatte, ist aus dem Verfahren ausgeschaltet, die gerichtliche Entscheidung über die jetzt verhängten Verbote liegt nur noch bei bayerischen Verwaltungsgerichten und dann beim Bundesverfassungsgericht.

5) Wir appellieren an alle demokratischen Institutionen und Verbände, in dieser schwierigen Situation die Solidarität mit der kurdischen Bevölkerung in der BRD zu verstärken und dem Konfrontations- und Eskalationskurs der Bundesregierung entgegenzutreten.

— Wir rufen auf zu Patenschaften und Schirmherrschaften für kurdische Einrichtungen und Vereine, insbesondere im Hinblick auf die kommenden Newroz-Feste.

— Wir rufen auf, verstärkt Öffentlichkeit herzustellen, um drohende Abschiebungen zu verhindern.

— Wir rufen auf, die Solidarität und den öffentlichen Druck gegen die schon laufende und weiter zunehmende Prozeßwelle zu verstärken. Die Haftbedingungen der kurdischen Gefangenen sind unerträglich und wider alle Rechtsnormen.

— Der Einsatz von Sicherheitskräften des türkischen Staates mit der ausdrücklichen Zielrichtung der Bespitzelung und Unterdrückung kurdischer Einrichtungen und Organisationen muß unbedingt gestoppt werden. Die

türkischen Sicherheitskräfte haben einen weltweit berühmten Ruf als Folterer.

— Wir rufen auf, den öffentlichen Druck gegen die Verbote der kurdischen Vereine und Einrichtungen zu verstärken und die Bemühungen um den Aufbau des kurdischen Exilparlaments zu unterstützen. Seine Vertreter müssen auch von deutschen Behörden anerkannt und bei allen Beratungen über kurdische Angelegenheiten hinzugezogen werden.

— Wir weisen auf die zahlreichen kritischen Erklärungen von Personen aus dem Bereich von Rechts- und Sozialwissenschaften gegen diese Kurdenverfolgung hin und rufen auf, diese Kritik bekanntzumachen.

— Wir sehen in der gewalttätigen Einschränkung von Lebensäußerungen von Menschen, die nicht vollständig in den herrschenden Kulturkreis integriert sind, (z.B. durch die Verbote der Newrozfeste) einen Verstoß gegen Grund- und Menschenrechte. Dem muß verfassungsrechtlich Einhalt geboten werden.

— Kritische Polizistinnen und Polizisten überlegen, bei unmenschlichen Abschiebungen den Einsatz zu verweigern. Auch dies verdient breite Unterstützung.

— Wir rufen auf, die Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf zu verstärken und jegliche Form der Türkeihilfe durch die BRD zu beenden.

(Köln, 5. März 1995)

Ende Oktober fand der VI. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Rußlands (SDPR) statt, und mehrere sozialdemokratisch orientierte Parteien und Gruppen vereinigten sich zur Russischen Sozialdemokratischen Union (RSDU). Aber im Januar gab's erneut einen VI. Parteitag. Die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung besagen: 2 Parteitage — 2 Parteien. Und in den letzten Tagen erreichten uns Meldungen, daß Alexander Jakowlew, einstiger Mitstreiter Michail Gorbatschows und heute dessen Intimfeind, eine dritte Partei, die Russische Partei der sozialen Demokratie, ins Leben gerufen hat. Diese Dreiteilung hat historische und aktuelle Ursachen.

Im Mai 1990 formierte sich aus verschiedenen sozialdemokratischen Klubs und Gruppen die Sozialdemokratische Partei der Russischen Föderation. Die Mitgliederzahlen dieser fast reinen Intellektuellenpartei schwankte bis 1993 zwischen 2000 und 7000. Ihre Gründer, u.a. Oleg Rumjanzew, Leonid Wolkow und Boris Orlow, die sich schon früher als Wissenschaftler mit der westdeutschen Sozialdemokratie befaßt hatten, suchten deren Erfahrungen für die eigene Partei nutzbar zu machen. Die Partei strebte nach Verbindungen zu den Gewerkschaften und betonte unter Vermeidung des Begriffs Sozialismus, den sie als diskreditiert ansah, den Schutz der sozialen Interessen der arbeitenden Menschen, die soziale Absicherung marktwirtschaftlicher Reformen und strenge Rechtsstaatlichkeit. Bald aber drängten Inhaber gut dotierter Funktionen aus administrativen und kommerziellen Strukturen in die Partei. Es formierten sich drei Flügel. Den einen nannte man liberal. Seine

Anhänger wollten ohne genügende Berücksichtigung der russischen Realitäten westliche Werte auf die russische Gesellschaft übertragen. Er gruppierte sich um Boris Orlow. Ein linker Flügel, den Sozialdemokraten zentristischer Orientierung auch als sozialistisch-konservativ bezeichneten, wurde von G. J. Rakitskaja und A. M. Obolenskij repräsentiert. Ein dritter Teil der Mitglieder mit zentristischer Position bildete im November 1992, ein halbes Jahr nach dem IV. Parteitag, auf dem Orlow zum Vorsitzenden gewählt worden war, unter Leitung von Rumjanzew das Russische Sozialdemokratische Zentrum (RSDZ). Schon auf dem nächsten Parteitag im Mai 1993 wurden Rumjanzew, Kudjukin und Obolenskij nicht wieder in den Parteivorstand gewählt. (Anatolij Golow wurde 1993 Parteivorsitzender, dem 1994 Alexander Obolenskij folgte.) Das Drittel der Mitglieder, die als echte Sozialdemokraten in den Gewerkschaften, in den Arbeitskollektiven und in den Organen der territorialen Selbstverwaltung wirkten oder wirken sollten, befand sich unversehens innerhalb der Partei in der Opposition. Die endgültige organisatorische Spal-

tung war nur eine Frage der Zeit. Infolge dieser Querelen sank die Mitgliederzahl bis Mitte 1993 auf 2000 bis 3000. Dem RSDZ werden etwa 500 individuelle und einige kollektive Mitglieder zugerechnet. An den Parlamentswahlen beteiligen sich die zerstrittenen Sozialdemokraten in verschiedenen konkurrierenden Wahlblöcken.

Parallel zu diesen Ereignissen fand ein keineswegs geradliniger Prozeß der Sozialdemokratisierung der Volkspartei Freies Rußland (VPFR) statt. Alexander Ruzkoj hatte sie 1991 aus der Parlamentsgruppe Kommunisten für Demokratie heraus und über die Zwischenstufe Demokratische Partei der Kommunisten Rußlands formiert und Boris Jelzin eine Stimmenmehrheit für seine Wahl zum Präsidenten Rußlands verschafft. Die politische Freundschaft schlug nach dem August-Putsch 1991 bald in Gegnerschaft und offene Feindschaft zwischen Präsident und Vizeprä-

Gruppierungen ein. Das RSDZ setzte sich aktiv für den Zusammenschluß ein. Die Führung der SDRP aber leistete Widerstand, solange Golow an ihrer Spitze stand. In der Mitgliedschaft gäerte es, und es kam zu Abspaltungen, aber auch zur Annäherung der bisher relativ selbständigen Fraktion Vereinigte Sozialdemokraten, in der der früher aus dem Vorstand abgewählte Pawel Kudjukin eine führende Rolle spielte. Sie wirkten in der SDPR für die Einheit. Der monatelange Konsultationsprozeß mündete am 30. Oktober 1994 in die Schaffung der Russischen Sozialdemokratischen Union. Es vereinten sich die SDPR unter ihrem neuen Repräsentanten Obolenskij, die RSDVP unter Lipizkij, ein Teil der Partei der Arbeit, in der sich bis dahin sozialdemokratische mit syndikalistischen Positionen vermengt hatten, die Partei der Grünen und einige kleine Jugendgruppen. Bemerkenswert ist, daß die neue sozialdemokrati-

men, im linken Wählerpotential zu „wildern“ und zugleich den wachsenden Einfluß der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPFR) zurückzudrängen, erschien ihnen eine sozialdemokratische Maskierung. Und so mutierten im Sommer 1994 die Galionsfiguren der „Demokraten“ Gawriil Popow und Anatilij Sobtschak, der noch kurz zuvor öffentlich über die Errichtung einer Monarchie nachgedacht hatte, zu „Sozialdemokraten“. Ex-Minister Marschall Jewgenij Schaposchnikow wurde zum „sozialdemokratischen“ Symbolträger aufgebaut. Gorbatschow zog mit. Er war einer der Redner dieser Bewegung und stellte die logistische Basis zur Verfügung, allerdings ohne sich bisher organisatorisch zu binden.

Auch Alexander Jakowlew stellte früher gehegte Pläne zur Gründung eines Liberalen Bundes zurück und wurde „Sozialdemokrat“. Golow hoffte

— wie sich inzwischen herausgestellt hat, vergeblich — darauf, daß sich Jakowlew und die Bewegung für soziale Demokratie seiner Partei anschließen werden. Wenn es nicht inhaltliche politische Gründe waren, so standen dem zumindest die Ambitionen beider Parteiführer entgegen. Golow hoffte auch — anscheinend vergeblich — auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Doch die scheint bisher unbestätigten Meldungen zufolge ein Zusammenarbeit sowohl mit Gorbatschow als auch mit Lipizkij abzulehnen und sich auf Jakowlews Russische Partei der sozialen Demokratie zu orientieren. Pikant ist, die neue „sozialdemokratische“ Partei seines langjährigen Beraters wurde vom Präsidenten Jelzin mit einer Botschaft bedacht.

Wieviele sozialdemokratische Parteien braucht Rußland?

Von **Ernst Labour**



Foto: Maruan Bahrou

sident um, in der sich ein Machtkampf zwischen noch sowjetischer Legislative und nach autoritären Vollmachten zur Durchsetzung der „Radikalreformen“ strebender Exekutive personifizierte. Nachdem Präsident Jelzin im Oktober 1993 die Machtfrage mit Panzerkanonen entschieden hatte, geriet die VPFR in die Turbulenzen von (zeitweiligem) Verbot, Amnestie und eigener Identitätsfindung. Der zweite Mann in der Partei, Wasilij Lipizkij, der die sozialdemokratische Orientierung verkörperte, rückte mehr in den Vordergrund und fungierte schließlich als Vorsitzender der Partei, die sich inzwischen im Juni 1994 in Russische Sozialdemokratische Volkspartei (RSDVP) umbenannt hatte. Währenddessen driftete Ruzkoj immer mehr auf radikal nationalistische und autoritäre Positionen ab. Ob er heute noch der linkszentristischen Opposition zuzurechnen ist, bleibt fraglich. Meldungen über einen Parteiausschluß, die er dementiert, harren noch der Bestätigung.

Unter dem Einfluß der Vorgänge in der RSDVP und der Einsicht in die Erfolglosigkeit bei anhaltender Zersplitterung setzen 1994 Annäherungsprozesse unter den sozialdemokratischen

Organisation mit der Wahl Igor Jurgens', des stellvertretenden Vorsitzenden der Allgemeinen Gewerkschaftskonföderation, in die Leitung über eine stabile Verbindung zu den Gewerkschaften verfügt. Der RSDU werden Kontakte zur Sozialistischen Internationale nachgesagt.

Außerhalb des Vereinigungsprozesses blieben Anatolij Golow und seine Anhänger. Sie beanspruchten im Januar 1995 den Namen SDPR und die Bezeichnung ihres Parteitagess als des VI. Über die Perspektiven dieser Organisation sind einstweilen nur Spekulationen möglich. Einige ihrer recht hoch platzierten Wunschvorstellungen haben keine Erfüllung gefunden.

In Rußland ist es inzwischen Mode geworden, ein sozialdemokratisches Aushängeschild zu tragen. Teile der Oberschicht haben aus Shirinowskij's Wählerfolg im Dezember 1993 und aus dem Beschuß des „Weißen Hauses“ die Schlußfolgerung gezogen, daß radikaler Liberalismus nicht zu den gewünschten Ergebnissen führt. Er provoziert nur Fundamentalopposition. Geeigneter, den „demokratischen“ Reformkurs vom Unwillen des Volkes abzuschir-

Sollte sich die Russische Sozialdemokratische Union zu einer einflußreichen linken Partei entwickeln, die sich an den Interessen der Werktätigen orientiert, die die tiefe allumfassende Krise des russischen Staates und der russischen Gesellschaft helfen will zu überwinden und die deshalb gemeinsame Handeln mit anderen, in ähnlicher Richtung wirkenden Kräften anstrebt, könnte sie im bevorstehenden Wahlkampf als ernstzunehmender Faktor das linke und zentristische Spektrum politisch beleben und stärken. Im Zusammenwirken etwa mit der Sozialistischen Partei der Werktätigen, der KPFR, der Agrarpartei, auch der Demokratischen Partei könnte sie eine wichtige Oppositionskraft werden. Die „sozialdemokratische“ Mimikry der Liberalen aus dem sich umgruppierenden Lager der „Demokraten“ aber bedeutet, falls diese ihr eigenes Wesen erfolgreich zu maskieren verstehen, eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die tatsächlichen Linken.

Prof. Dr. Ernst Labour ist Mitglied der Arbeitsgruppe Frieden und internationale Politik beim PDS-Parteivorstand.

Solidarität mit der revolutionären EZLN! Gegen den Krieg in Chiapas

Aktueller Bericht aus Mexiko, aus: „Göttinger Drucksache“

Mexiko ist eines der Musterländer des Neoliberalismus. Jener brutalen Wirtschaftspolitik, die als zentrale Elemente die Privatisierung staatlicher Betriebe (insbesondere Dienstleistungen: Bahn, Wasserversorgung, Telefon, Strom ...), Lohnsenkung und Sozialabbau, Steuersenkungen oder -befreiungen für das Kapital, beinhaltet, kurzum: optimale Profitbedingungen darstellt. Diese Politik hat in Mexiko unter Federführung der USA und des IWF in den letzten Jahren zu einer weiteren Verelendung und dem weitgehenden Wegfall der ohnehin schmalen Lebensgrundlage der Menschen geführt. Selbst die Regierung gibt offiziell zu, daß 25% der Bevölkerung keinerlei Zugang zu Gesundheitsversorgung haben. Kinderarbeit jeglicher Form gehört zum normalen Bild jeder Stadt, auch Slums aus Pappkartonhütten sind keine Seltenheit.

1. Januar 1994:
Der Aufstand beginnt

Gegen diese Verhältnisse regt sich seit langem Widerstand. Die Welt horchte auf, als am 1. Januar 1994 aus Anlaß der Einführung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA (vergleichbar dem EG-Binnenmarkt in Europa) die Guerilla-Armee EZLN in Chiapas mehrere Städte besetzte und kurzfristig unter ihrer Kontrolle hielt. Kleinere Gemeinden wurden längere Zeit besetzt, die GroßgrundbesitzerInnen vertrieben, das vorhandene Land gemeinsam genutzt und die Güter gerecht verteilt.

Am 9. Februar 1995 hat der mexikanische Präsident Zedillo in seiner Rede zum Verfassungstag unter offensichtlichen Vorwänden den im Januar 1994 geschlossenen Waffenstillstand mit der Befreiungsbewegung EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional) gebrochen. Die mexikanische Armee führt seitdem einen mörderischen Krieg gegen die Zivilbevölkerung und die EZLN im lacandonischen Urwald von Chiapas (Südmexiko).

Im ganzen Land rollt eine Verhaftungswelle gegen Oppositionelle, denen Mitgliedschaft oder Sympathie für die EZLN vorgeworfen wird. Oft müssen die Menschen unter Gewaltandrohung und Folter vorformulierte Erklärungen unterschreiben.

Weiterhin erklärte der Präsident, daß die Identität des Subcomandante „Marcos“ mit Raphael Sebastian Gullién Vicente festgestellt sei. Dazu wurden immer wieder einige Fotos gezeigt, die dies belegen sollten. Die EZLN bestreitet, daß der Vorgenannte „Marcos“ ist. Es wird allerdings vor allem darauf hingewiesen, daß diese Sache nicht wichtig es, denn „Marcos“ ist nur Sprecher der Bewegung, es wird betont, daß es in Mexiko viele „Marcos“ gibt ... Der Präsident nannte vier weitere Namen von angeblichen LeitungsfunktionärInnen der EZLN, dazu wurden keinerlei Fotos gezeigt. Zwei dieser fünf wurden am folgenden Tag festgenommen. Einer der beiden ist ein engagierter Anthropologe aus San Cristobal, der sich nach Regierungssicht als Teil der Führungsspitze der EZLN in seinem Haus befunden habe, nachdem zwölf Stunden vorher auf allen Sendern sein Name als einer der Hauptverdächtigen genannt wurde!



Kämpfer der EZLN, Januar 1994 (Bildokument aus: „Kommunistische Arbeiterzeitung“).

Die Desinformation des mexikanischen Fernsehens und der größten Nachrichtenagentur erscheint wie eine Mischung aus „Aktenzeichen XY ungelöst“ und „RTL – Reality TV“ auf mexikanisch.

EZLN: Geplanter Genozid gegen das Volk von Chiapas

Der Bevölkerung soll auch suggeriert werden, daß die Leitung der EZLN aus anderen Teilen Mexikos stamme und mit ihren Interessen eigentlich nichts zu tun habe. Die EZLN hat erklärt, daß ihr einziger Befehlsgeber ihr Geheimrat ist, der sich nach Delegationsprinzip aus allen ihren Teilen zusammensetzt und ausschließlich aus Indios besteht. Die Verelendung der Indios, insbesondere in Chiapas, wird auch offiziell nicht bestritten, nur sollen sich die Menschen „an den friedlichen, demokratischen Weg“ halten. Im Fernsehen erscheinen nette Soldaten, die Geschenke an Kinder verteilen und der Bevölkerung bei einer Naturkatastrophe helfen. Die Wahrheit sieht anders aus!

80000 Soldaten (= zwei Drittel der mexikanischen Armee) sind in Chiapas im Einsatz. Diese wurden zumindest zeitweilig im Grenzgebiet zu Guatemala auf mexikanischem Territorium durch geführte Eliteeinheiten der Armee Guatemalas unterstützt. JournalistInnen und Menschenrechtsorganisationen haben keinerlei Zugang zum Kriegsgebiet. Die wenigen durchsickernden Berichte und die Erklärungen der EZLN bestätigen die grausamsten Befürchtungen. Es gibt viele Tote, die Zivilbevölkerung wird aus der Luft bombardiert. Gefangene werden gefoltert. Zehntausende sind auf der Flucht vor der Armee. Die EZLN spricht vom geplanten Genozid gegen das Volk in Chiapas.

Die EZLN hat sich in den Urwald zurückgezogen

Die EZLN hat sich aus den Gemeinden, die sie seit 13 Monaten kontrollierte, in den schwer zugänglichen lacandonischen Urwald zurückgezogen. Dabei wurden Rückzugswege vermint und po-

tentielle Landepisten der Armee zerstört. Die EZLN hat für ihre Mitglieder den „Roten Alarm“ ausgegeben. Die Regierung behauptet, die EZLN würde aus 12000 KämpferInnen bestehen, davon allerdings nur ein kleiner Teil scharf bewaffnet. Die Menschen in Chiapas sprechen von einer zahlenmäßig größeren Befreiungsarmee, genau weiß es niemand. Die Menschen haben Vertrauen in die EZLN, da sie den Urwald sehr genau kennt und sich bereits länger als zehn Jahre vorbereitet haben soll. Die „Geisel“ dieses Krieges ist wieder einmal die Zivilbevölkerung.

Protest und Widerstand auch in Mexiko-Stadt

In Mexiko-Stadt haben am vergangenen Samstag zum vierten Mal innerhalb von zehn Tagen mehr als 100000 Menschen gegen das Morden in Chiapas, für die EZLN und umfassende soziale Gerechtigkeit demonstriert. Entschlossen und mitreißend riefen sie immer wieder „EZLN“, „Todos somos Marcos“ („Wir alle sind Marcos“), „Ya basta“ („Es reicht“) und beschimpften die Präsidenten Mexikos und der USA als Mörder.

In ganz Mexiko gibt es schon lange eine starke soziale Oppositionsbewegung, die nun stark mobilisiert und die Forderung nach Frieden mit weitergehenden Forderungen verbindet. Große Teile dieser Bewegung streben eine sozialistische Revolution an. Teil der Bewegung ist auch die im Parlament vertretene Partei PRD (Partei der demokratischen Revolution), deren Kandidat in Chiapas eine Gegenregierung ausgerufen hat, da er sich als der eigentliche Wahlsieger ansieht. Dazu hat der kürzlich zurückgetretene Gouverneur von Chiapas ein halbes Jahr lang über Fernsehen täglich dreimal verkündet, daß die umstrittenen Wahlen „... die saubersten der ganzen Welt“ gewesen seien ...

Ein mörderisches Kreditgeschäft mit den USA

Wenige Tage vor der Kriegserklärung

wurde Mexiko unter Führung der US-Regierung ein Kredit über 40 Milliarden US-Dollar gewährt. Bedingungen für die Kreditvergabe sollen unter anderem gewesen sein:

— Die Zusage, die staatliche mexikanische Ölgesellschaft Pemex in absehbarer Zeit zu privatisieren. Dies soll dem US-Kapital das direkte Eigentum an den Rohstoffen sichern.

— Pemex wird verpflichtet, an alle ausländischen Abnehmer eine unwiderriefliche Anweisung herauszugeben, daß diese künftig ausschließlich in US-Dollar an eine Bank in den USA zahlen müssen (nach Worten des US-Finanzministeriums).

— Gesetzliche Schritte, durch die Mexiko die Bewegungsfreiheit der MexikanerInnen im eigenen Land einschränkt. MexikanerInnen, die sich illegal in den USA aufhalten oder bei dem Versuch, die Grenze zu überwinden, verhaftet werden, sollen in das Landesinnere abgeschoben werden und mit Aufenthaltsverbot für die Grenzregion belegt werden.

— Und natürlich vor allem das mörderische Vorgehen gegen die EZLN. Dabei spielt die Tatsache, daß das mexikanische Öl überwiegend in Chiapas gefördert wird und durch Pipelines direkt bis in die USA geliefert wird, eine wesentliche Rolle.

Über diese Bedingungen nehmen Präsident Clinton und die machthabenden wirtschaftlichen und politischen Kreise der USA direkten Einfluß und tragen somit Verantwortung für das Sterben in Chiapas! In Aufrufen wird deshalb auch von der Regierung „Zedillo-Clinton“ gesprochen. Es ist die Kontinuität von ökonomischer Erpressung und politischer und militärischer Einflußnahme des US-Imperialismus als neokolonialistische Macht in Lateinamerika.

Schluß mit dem Morden gegen die Zivilbevölkerung und die EZLN! Die Armee raus aus Chiapas! Todos somos Zapatistas! Ya Basta! Viva la EZLN, Viva la Revolución!

Aus: „Göttinger Drucksache“ Nr. 180, 24.2.1995.

Der Metalltarifstreik in Bayern

3. März: Situationsbericht von Peter Feininger

Bei MAN in Augsburg werden seit Freitag, den 24. Februar, alle drei Werke — Roland Druckmaschinen, B&W Dieselmotoren und Neue Technologie — bestreikt. Bestreikt wurde zunächst nur der gewerbliche Bereich. Die Produktion wurde schon mit der Frührschicht des ersten Streiktages völlig lahmgelegt. Die Tore waren dicht, die nicht organisierten gewerblichen Arbeitnehmer blieben praktisch ausnahmslos der Firma fern. Die Presse berichtet immer wieder von der Geschlossenheit und Disziplin der Streikposten, die Tag und Nacht bei eisiger Kälte, Regen und Schneetreiben ausharren, sowie von zahlreichen Solidaritätsbekundungen und Unterstützung von Passanten und Anwohnern.

In Augsburg waren wie in ganz Bayern die Angestellten wegen ihres niedrigen Organisationsgrades zunächst vom Streik ausgenommen. Ab Mittwoch, den 1. März, wurden die Angestellten in allen Augsburger MAN-Werken in den Streik mit einbezogen. Waren vorher 3370 gewerbliche Arbeitnehmer zum Streik aufgerufen, so sind jetzt einschließlich der Angestellten 5521 Beschäftigte aufgerufen. Nach Mitteilung der IG Metall seien davon 5340 dem Streikaufruf gefolgt und hätten sich am Arbeitskampf beteiligt. Der IG-Metall-Bevollmächtigte Schneider spricht von einem „zündenden Erfolg“, da 85% der Angestellten dem Streikaufruf gefolgt seien, obwohl nur etwa 30% organisiert seien. Massiv verstärkte Streikposten und eine Kundgebung vor dem kritischsten Tor am Mittwoch morgen haben zu diesem Erfolg geführt. Erst jetzt kann man behaupten, die Streikfront steht. Anfangs waren in ganz Bayern nur 11000 Organisierte zum Streik aufgerufen. Es waren neben den drei MAN-Werken in Augsburg die AEG-Hausgeräte in Fürth, Rieter, Schubert & Salzer, Wacker-Werke in Ingolstadt, Grob Flugzeugwerke in Kempten, Wacker-Werke in München, Kögel Fahrzeugwerke in Neu-Ulm, ABB-Turbinen, AEG

Hausgeräte, Faun, Hercules, IR3 Video International, Nokia Kabel, Siemens AG GZ AS/1M, Siemens AG TW in Nürnberg, Zarges Leichtbau in Weilheim, Huppmann in Würzburg.

Seitdem hat die IG Metall die Streikfront sukzessive ausgedehnt. Insgesamt werden nun 33 Unternehmen mit 35000 Beschäftigten bestreikt, von denen 20000 Mitglieder der IG Metall sind. Einbezogen sind nun das Siemensleuchtenwerk mit 1300 Beschäftigten und die Bosch-Siemens-Hausgeräte mit 2700 Beschäftigten in Traunreut, Mengele Landmaschinen in Günzburg mit 535 Beschäftigten, Meiller Kipper in München mit 1700 Beschäftigten, König und Bauer in Würzburg und Trennfeld-Triefenstein, Demag Technica in Würzburg, Mannesmann Demag in Schwaig, Siemens AG Med in Kemnath ... Der Streik der IG Metall in Bayern wird in den Medien auch nach der Ausweitung am 1. März immer noch als Streik „auf Sparflamme“ bezeichnet. Die gesamte Metallbranche in Bayern umfaßt 700000 Beschäftigte, das sind 56% aller Industriebeschäftigten in Bayern. Die wichtigsten Branchen sind die Elektroindustrie mit 234000 Beschäftigten, der Maschinenbau mit 164000 und der Straßenfahrzeugbau mit 150000 Beschäftigten. Von den im Verband der Bayerischen Metall und Elektroindustrie (VBM) organisierten Betrieben sind 90 Prozent mittelständische Betriebe, 75 Prozent haben weniger als 500 Beschäftigte.

Die einzelnen bestreikten Mittelständler oder auch Konzernteile kommen zwar erheblich unter Druck — wie die ersten, völlig unterschiedlichen Reaktionen von AEG, Siemens oder Grob schon zeigen —, aber es ist fraglich, ob der Druck auf den Gesamtverband des VBM durch die Punktstreiktaktik stark genug ist, um einen annehmbaren Abschluß zu erzwingen. Es besteht dabei die Gefahr, daß bei längerer Dauer des Streiks Gesamtmetall mit den betroffenen Mitgliedsfirmen solidarischer umgeht als die IG Metall mit



den betroffenen Beschäftigten. Die ungleiche Verteilung der Opfer, die die Streiktaktik der IG Metall für die Beschäftigten der Branche mit sich bringt, wird bei längerer Dauer zu einer großen Belastung der Auseinandersetzung. Zumal die IG Metall, die ja durch diese Taktik ihre Streikkasse gewaltig schont, nicht die geringsten Anstalten macht, den streikenden Belegschaften einen Sonderfonds zur Verfügung zu stellen, um die Verluste aus dem Streikgeld irgendwie auszugleichen oder an während des Streiks neuaufgenommene Gewerkschaftsmitglieder sofort was zu zahlen.

Die mittelständischen Betriebe fürchten vor allem um das Betriebsklima bei Streik oder Aussperrung. So sah sich Grob genötigt, die Beschäftigten durch bezahlten Sonderurlaub aus dem Streik zu nehmen — die Spaltung der Belegschaft durch den 54er Streik sitzt ihm jetzt noch in den Knochen. Siemensvorstand von Pierer dagegen hätte, wenn es beim VBM nur nach ihm ginge, sofort ausgesperrt. Die Geschäftsführung von AEG sieht unerträgliche Konkurrenz Nachteile auf sich zu kommen und lastet ihr Mißgeschick dem Arbeitgeberverband an; bei einer Verhärtung der Fronten würde AEG Hausgeräte eher aus dem Arbeitgeberverband ausschließen und einen Haustarif anstreben. Bei MAN Roland ist man besorgt um die Wettbewerbsfähigkeit: „Die Kapazitäten in der mechanischen Fertigung und Montage sind in der jetzigen Aufschwungphase bis Mitte des kommen-

den Jahres voll ausgelastet.“ Ansonsten beißt der MAN-Vorstand mit süß-saurem Gesicht die Zähne zusammen.

Die Vereinigung Mittelständischer Unternehmer (VMU) kündigt die Gründung einer eigenen Interessenvertretung an und kritisiert Gesamtmetall: Die Arbeitgebervereinigung halte an überkommenen Strukturen fest, anstatt „innovative Tarifpolitik“ zu betreiben. Die VMU schlägt „betriebsindividuelle Lohn- und Gehaltsvereinbarungen“ vor. Die Lohnerhöhungsspanne solle ein bis vier Prozent betragen. — Die IG Metall würde eine Spaltung des Arbeitgeberlagers eher fürchten als begrüßen, wäre sie dann doch zum Abschluß unterschiedlicher Tarifverträge gezwungen.

Der Beschluß des VBM auf seiner Tagung in Freising am 3. März signalisiert Verhandlungswillen, droht aber gleichzeitig Aussperrungen an, falls es bis zum 8. März nicht zu einem Verhandlungsergebnis kommt. Dieser terminierte allgemeine Aussperrungsbeschluß sei angeblich mit großer Einmütigkeit im Arbeitgeberverband gefallen. Gleichzeitig vereinbarte die IG Metall mit dem VBM die Wiederaufnahme der Verhandlungen ab Montag, den 6. März. Die Vorbedingung eines konkreten Lohnangebotes hat der Bezirksleiter Neugebauer schon vor einigen Tagen fallenlassen. Angeblich bestehe Gesamtmetall auch nicht mehr auf einer Kompensation, was die IG Metall jetzt schon — hoffentlich nicht zu früh — als ihren Erfolg wertet.



Hamburg. „Peanuts für alle, bar auf die Kralle“, war das Motto eines Rosenmontagszugs von Bank- und Versicherungsbeschäftigten der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) am 27. Februar in der Hamburger Innenstadt. Die HBV fordert 6%, mindestens 250 DM.

Selbstverwaltete Betriebe ohne Chefin und Chef

Frankfurt. 200 selbstverwaltete Betriebe sind bis November 1994 in Hessen gegründet worden, wie das netz Hessen aufgrund seiner durchgeführten Betriebsberatungen hochrechnet. Dadurch wurden auf der Suche nach sinnvoller Beschäftigung und selbstbestimmter Arbeit etwa 1000 Arbeitsplätze geschaffen. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit ist das Motto „Arbeitsplätze selber schaffen“ demnach wieder gefragt. Selbstverwaltete Betriebe haben nach dem Boom der 80er Jahre neuen Zulauf.

HochschulabsolventInnen arbeiten nach dem Studium in Ingenieurbüros zusammen. Hebammen gründen Geburtshäuser. Berufliche WiedereinsteigerInnen bieten Haushaltsdienste, Party- und Wäscheservice an. Behinderte entwickeln technische Hilfsmittel für Behinderte. Naturkostläden finden sich unter den GründerInnen ebenso wie SoftwareentwicklerInnen. Allen ist gemein: Sie haben keine Chefinnen, sondern arbeiten im Team und bieten meist umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen an.

140 Betriebe bilden das netz Hessen mit Sitz in Frankfurt. Es existieren etwa 2000 solcher Betriebe in Hessen mit nahezu 12000 Beschäftigten. Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit liegen dieser Hochrechnung zugrunde.

Zu Gründung und Förderung selbstverwalteter Betriebe kann beim netz Hessen unter Tel. 069-1310407 angefordert werden.

Uwe Weppler in: „netz INFO“, 1/95

Bundesweites Treffen gegen Erwerbslosigkeit

Köln. Auf Einladung der Arbeitslosenselbsthilfe „WIR“ aus Köln fand in den Räumen der alten Mensa das erste Treffen der BAGs in diesem Jahr statt.

Die BAGs sind ein Zusammenschluß aus Arbeitslosenzentren, Initiativen und Selbsthilfegruppen sowie seit seiner Gründung von Teilen des Arbeitslosenverbandes Deutschland e.V. Aus diesem Zusammenschluß arbeiten drei gewählte Delegierte in der nationalen Armutskonferenz mit und auf verschiedenen europäischen Antiarbeitslosenwerken, wie dem EAPN und der ENU. Zur Zeit konstituiert sich ein weiteres europäisches Netzwerk mit dem Namen

NORDRHEIN-WESTFALEN**Landesparteitag der Republikaner in Düren**

Wie erst am Donnerstag vor dem Parteitag bekannt wurde, tagten die REPs NRW am Samstag, 4. 3. in Düren-Niederau, um eine Landesliste für die Landtagswahl NRW am 16. 5. aufzustellen und den Worten ihres Vorsitzenden Schlierer zu lauschen.

Leider nahmen nur 100 bis 120 AntifaschistInnen die Gelegenheit wahr, ihren Protest gegen dieses Nazitreffen zum Ausdruck zu bringen. Der Landesinnenminister Schnoor befand es seinerseits für richtig, 500 PolizistInnen zu dem Zwecke zu mißbrauchen, die REPs vor diesen Protesten zu schützen. Bei diesem Kräfteverhältnis war klar, daß der Parteitag der REPs ohne Störungen ablaufen konnte. Die DemonstrantInnen wurden hinter eine Barriere geprügelt und dort in Schach gehalten. **Moderne Käfighaltung!**

Im Vorfeld hatte es Stellungnahmen der berechtigten „Gemeinschaft der Demokraten“ gegeben, die ein eindeutiges: „Wir sind dagegen, die Details regelt die Polizei“ schmetterten. Am weitesten lugte der DGB hervor, der „das Feld nicht den Chaoten überlassen“ wollte und eine ca. 5 Personen starke Delegation an den Ort des Geschehens schickte. Wer ansonsten diese geballte Anti-REP-Front am Samstag erleben wollte, mußte schon das Radio einschalten, um deren Studio-Stellungnahmen mitzukriegen.

Irgendeine Polizeikontrolle hatte — welche Überraschung — einen Wagenheber gefunden und konnte damit das Bild der schlimmen Chaoten bedienen. Wie nicht anders zu erwarten, erschienen die REPs dagegen als bieder. Eine besondere Lachnummer waren die durchaus zahlreichen polizeieigenen Aufkleber gegen Ausländerfeindlichkeit und rassistische Gewalt. Dienst ist Dienst und Schnaps ist Schnaps. Mit dieser Einstellung hatten (Polizei-)Beamte schon einmal die Demokratie zu Grabe getragen. In dieser Tradition schützten sie heuer das Recht der REPs, die Brandfackeln zusammenzustellen, die sie dann jugendlichen Anhängern in die Hand drücken ... bis zu den Lichterketten und dann das Ganze von vorn.

Die Presse ... na ja, die Presse! Lieber nicht.

Nett war der Einsatzleiter der Polizei. Er verkündete: „Also, wir werden das durchsetzen. Klar. Da gibt es keine Abstriche. Wir wollen keine Prügelorgie. Wenn Sie ein bißchen mitspielen, wird es schon ohne Blutvergießen gehen. Aber sie müssen ein bißchen mitmachen. Ich versteh' ja, daß sie nicht einfach weggehen. Aber ein bißchen mitmachen sollten Sie schon. Gruppe 1 marsch!“ und dann gab's erst mal Senge. Das nennt mensch dann Deeskalationspolitik der NRW-Polizei.

In der Presse steht, daß die Chaoten danach nach Stolberg weiterreisten. Die Klischees der großen Presse sind also bis in die Provinz vorgedrungen. Hintergrund ist, daß seit Wochen für den Samstag eine Demonstration unter dem Motto „Gestern vergast — heute abgeschoben — Bleiberecht für Roma“ angekündigt war. An der Demonstration nahmen ca. 150 Personen, darunter zahlreiche Roma teil. Vor dem Bahnhof in Stolberg wurde ein Mahnmal eingeweiht, das in Form des zerbrochenen Wagenrades auf einer Eisenbahnschiene an die Verschleppung von 36 Roma aus Stolberg nach Birkenau vor genau 50 Jahren erinnert. Die Bundesbahn hat dem zwar noch nicht zugestimmt, wird sich aber dem öffentlichen Druck nicht entziehen können. Auch hier bestätigt sich, daß die konservative CDU-orientierte Presse solche Aktivitäten neutraler darstellen kann als die sozialdemokratische Konkurrenz. In den *Stolberger Nachrichten* wurden 100 DemonstrationsteilnehmerInnen einfach verschwiegen, die Teilnahme der Roma heruntergespielt, alle Aussagen der RednerInnen als sogenannte dargestellt und die überdimensionierte Präsenz der Polizei (300) in den Mittelpunkt nicht der Kritik, sondern der Berichterstattung (Überschrift) gestellt.

— (K. H., VVN-BdA Aachen)



ITACA, welches sich aus Initiativen aus mehreren europäischen Ländern zusammensetzt. So soll nach den letzten Beratungen im Oktober ein größeres Konzert in Hamburg stattfinden, um die Vernetzung von unten zu fördern und gemeinsame Strategien gegen Sozialabbau und Derregulierung zu erarbeiten.

Ein weiteres Thema ist die Abwehr gegen Zwangsarbeit und ähnlicher Zwangsdienste im Programm der jetzigen Bundesregierung.

Leider gibt es in Köln sehr wenig Interesse an einer bundesweiten Zusammenarbeit von Erwerbslosen, so daß die ehrenamtliche Arbeit seit einigen Jahren an der ALSH hängengeblieben ist. Wer Interesse an dieser Arbeit hat, könnte sich an die ALSH WIR wenden. Wir würden uns freuen.

Unsere Adresse: ALSH WIR c/o Ruck-Eiermann, Rich.-Wagner-Str. 4, 50674 Köln

WDR-Tarifabschluß — Neuer Honorar-Rahmen

Köln. Eine Tarifierhöhung von zwei Prozent für die freien Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Westdeutschen Rund-

funks hat die IG Medien am 27. Januar ausgehandelt. Für die vergangenen Monate ohne Tarifierhöhung geht eine einmalige Zahlung von 200 Mark an all die rund 1200 Freien, die im Jahre 1994 vom WDR Urlaubsgeld erhalten haben.

Wie üblich hat der WDR versprochen, die zweiprozentige Tarifierhöhung nicht nur bei den Mindestvergütungen, sondern auch bei den effektiv gezahlten Honoraren anzuwenden. Außerdem tritt für das aktuelle Fernseh-Regionalprogramm ein neuer Honorarrahmen in Kraft, der die Regelhonorare besser absichert als bisher. Bisher konnte der WDR die Vergütungen ins Bodenlose fallenlassen (bzw. Tarifierhöhungen nicht weitergeben), ohne den Tarifvertrag dabei zu verletzen. Bisher standen im tariflichen Honorarrahmen nur zwei Positionen für Fernsehreportagen mit einem Minimum von nur 285 bzw. 444 Mark.

Stattdessen sind nun die Vergütungen nach der Art und Qualität der Fernsehberichte gestaffelt. Das beginnt bei mindestens 377 Mark für einen Nachrichtenfilm von unter 45 Sekunden und geht in fünf Etappen bis zu mindestens 2601 Mark für einen „Magazinbeitrag“.

TÜBINGEN
Für Stopp des Jagdflugzeuges „Eurofighter“

Die Universitätsstadt Tübingen hat sich am 23. Februar der bundesweiten Kampagne „Jäger 2000 stoppen — soziale Sicherheit schaffen“ angeschlossen.

Der Kulturausschuß der Universitätsstadt beschloß auf Initiative zweier Stadträte der Alternativen Liste (AL), Bruno Gebhard-Pietzsch und Claudia Haydt, daß sich die Universitätsstadt der Kampagne „Jäger 2000 stoppen — soziale Sicherheit schaffen“ anschließen soll. Dazu soll die Stadt Tübingen im Gemeindetag von Baden-Württemberg und im Deutschen Städtetag eine Initiative starten „mit dem Ziel, dieses Rüstungsprojekt zu stoppen und beim Bund/Land durch geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, daß durch die freierwerdenden rund 140 Milliarden DM auch die Finanzausstattung der Städte und Gemeinden verbessert wird.“ Weiter heißt es im von den Gemeinderäten beschlossenen Text: „Denn nur dann ist sichergestellt, daß die Gemeinden und Städte auch weiterhin ihre sozialen und ökologischen Pflichtaufgaben befriedigend erledigen können.“

Das Rüstungs-Informationsbüro (RIB) begrüßt nach Angaben des Tübinger Vorstandsmitgliedes Tobias Pflüger diesen Beschluß: „Der neue Vorsitzende des Gemeindetages von Baden-Württemberg, der Tübinger Oberbürgermeister Dr. Eugen Schmid, hat somit gleich zu Beginn seiner Amtszeit von seinem Gemeinderat eine Initiative aufgetragen bekommen, die die immer weiter drohende Finanzknappheit der Kommunen tatsächlich effektiv lindern könnte.“ „Das Rüstungsprojekt Eurofighter 2000 ist“, so beschreibt Pflüger die gesamtpolitische Dimension, „nicht

nur das teuerste europäische Rüstungsprojekt aller Zeiten, es ist auch friedenspolitisch vollkommen unnötig. Die Planungen des Eurofighters stammen noch aus dem kalten Krieg, ursprünglich sollte der Jäger die „feindlichen“ MIGs abfangen, inzwischen ist ein Teil dieser MIGs in Bundeswehrbesitz. Ein Jagdflugzeug, zumal ein Jagdbomber, ist für die sicherheitspolitische Lage in Europa eher gefährlich. Der ‚Jäger‘ ist inzwischen eingebunden in die Strategie der Bundeswehr für die neuen sogenannten Krisenreaktionskräfte (KRC) für Einsätze „Out of Area“.

Mit dem „Eurofighter 2000“ soll ein umfangreiches Aufrüstungsprogramm ‚Neue Waffen für die neue Bundeswehr‘ sprich die schnellen Eingreiftruppen gestartet werden: neue Kampffußschrauber (UHU, NH 90), eine Neuausrüstung von Panzern, ein umfassendes Anschaffungsprogramm für die Marine, neue elektronische Meldesysteme etc. Die Bundeswehr soll „krisenreaktionsfähig“, sprich kriegsfähig gemacht werden, und das genau 50 Jahre nach Kriegsende. Es ist, so Tobias Pflüger, „zu hoffen, daß sich weitere Städte und Gemeinden nicht nur aus Finanzinteresse der Initiative anschließen“.

In Tübingen war zuvor die Kampagne „Jäger 2000 stoppen — soziale Sicherheit schaffen“ von vielen Gruppen aktiv unterstützt worden, vor allem die im Tübinger Friedensplenum zusammengefaßten Gruppen hatten für die Unterstützung der Kampagne zum Stopp des Baus des Jagdflugzeuges aufgerufen.

aus Materialien des Rüstungs-Informationsbüro Baden-Württemberg, Tel. + Fax: 0 70 71-4 91 54

Nicht eingelassen hat sich die IG Medien auf eine Vergütung nach Tagessätzen, wie sie bisher im Programmbereich Landesprogramme (Aktuelle Stunde und Fernsehfenster) praktiziert wurde. Denn die Tagessätze sanken mit dem dritten Tag auf nur 220 Mark und verkoppelten die Vergütung zu stark mit den „Prognose“tagen.

Die Forderung nach einem veränderten Honorarrahmen war der Grund, warum die Tarifrunde '94 für die WDR-Freien sich diesmal bis ins folgende Jahr hingezogen hat.

Der neue Tarifvertrag gilt bis zum 30.9.1995. Auch wichtige Positionen im Honorarrahmen für den Hörfunk sollen geändert werden. Die IG Medien hat dazu Forderungen vorgelegt, denen der WDR einen eigenen Vorschlag entgegengestellt hat. Weitere Gespräche darüber wurden aber in den März vertagt.

— (aus „Freibrief“, Zeitschrift der IG Medien)

Demonstration gegen Abschiebepolitik

Freiburg. Am 17.2.95 protestierten in Freiburg in der Mehrheit afrikanisch-

sche Flüchtlinge gegen die Abschiebepolitik in Baden-Württemberg. Mit einer Resolution, die dem Verwaltungsgericht Freiburg übergeben wurde, machten sie auf die inhumanen Asylverfahren aufmerksam.

Die Fluchtgründe sollten respektiert werden, die Prüfung in den Asylverfahren sollte sorgfältiger erfolgen, die Urteile sollten die Menschenwürde und die Genfer Konvention berücksichtigen. Beim Verwaltungsgericht in Freiburg werde im Voraus über Abschiebehindernisse entschieden, die dann in der Regel von den Ausländerbehörden übernommen werden, obwohl inzwischen als gesichert gelten muß, daß zahlreiche Flüchtlinge nach ihrer Deportation (insbesondere nach Zaire) als „verschwunden“ gelten.

Wer wie diese Flüchtlinge die Courage aufbringt und dann hier noch auf die Straße geht, sich also öffentlich (evtl. auch dem zairischen Geheimdienst) präsentiert, sollte in seinen Anliegen mehr Unterstützung finden, als es auf der Demonstration zum Ausdruck kam.

Ein Redner meinte: „Wir können zwar viel sprechen, aber wenn ihr taub seid, werdet ihr nichts verstehen.“ — (cm)

Thüringen: Erfolgreicher Lohnkampf der Busfahrer bei privaten Unternehmen

Lohnerhöhungen bis zu 490 DM durchgesetzt

Mit der Erzwungung von Lohnerhöhungen bis zu 490 DM im Monat haben die Busfahrer bei Thüringer privaten Busunternehmen nach mehrwöchigen Streikaktionen einen wichtigen Erfolg gegen Niedriglöhne in den neuen Bundesländern erreicht. Nach verschiedenen anderen Protesten und einem Aktionstag im Dezember (der alte Tarifvertrag war zum 1. Oktober 1994 ausgelaufen) traten am 14. Februar mehrere hundert Busfahrer in den Streik. Fünf private Busbetriebe waren vom Streik betroffen, bis zu 564 Busfahrer im Ausstand. Nach zwei Wochen gaben die Unternehmer nach und bewilligten eine deutliche Lohnerhöhung — ein wichtiger Erfolg für die Busfahrer, deren Löhne bisher zwischen 1300 und 1500 DM netto betragen. Am 2. März nahmen die ÖTV-Mitglieder im privaten Nahverkehr das Ergebnis dann auch in einer Urabstimmung an. Wir dokumentieren Presseinformationen der ÖTV. — (rül)

ÖTV-Bürgerinformation

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV Thüringen) wehrt sich entschieden gegen den Vorwurf der Arbeitgeber, sie sei ein „Jobkiller“, weil sie mittels Streik unrealistische Forderungen“ der Busfahrer durchsetzen wolle. Die Argumente sprechen für die Streikenden, und das wissen die Arbeitgeber genau.

Ein Busfahrer im privaten Personenverkehr fährt am Tag eine 12-, maximal 14-Stunden-Schicht. Fehlende Betriebshöfe verlängern diese Arbeitszeit noch um das tägliche Aufrüsten der Busse, d.h. Anwärmen, im Winter Freikratzen der Scheiben etc., und um das oftmals noch mühsam mit Hand erfolgende Waschen der Busse nach Feierabend oder in der Mittagspause. Die dadurch entstehenden langen Arbeitszeiten versuchen die Arbeitgeber mit Niedrigstundenlöhnen auszugleichen.

So verdient ein Busfahrer derzeit im Schnitt 1900 DM brutto, das sind zwischen 1300 und 1500 DM netto. Nach Abzug aller Fixkosten bleibt den Fahrern und ihren Familien im Monat etwa 500 DM übrig. Das reicht natürlich bei weitem nicht aus, und so versuchen viele Fahrer, durch zusätzliche Schichten ihr Geld aufzubessern.

In allen Unternehmen, die derzeit von der ÖTV bestreikt werden, halten die Landkreise die Mehrheit der Anteile, sind also Eigentümer der Unternehmen ... Der Einfluß der Landräte als Eigentümer im Arbeitgeberverband könnte den Streik durch ein vernünftiges Angebot beenden. Stattdessen verursachen sie doppelte Kosten, indem sie für teures Geld Fremdunternehmen für Streikbrecherarbeiten engagieren ... In verschiedenen Landkreisen haben die Landratsämter Flugblätter an die Bevölkerung verteilt, die den Streik der Busfahrer verurteilen und zu kriminalisieren versuchen ... Wir wehren uns gegen solche Angriffe ...“ (Flugblatt der ÖTV Thüringen aus der zweiten Streikwoche)

21. 2.: Sternfahrt nach Jena

„... Über 200 Busfahrer aus allen bestreikten Betrieben unternahmen heute vormittag eine Sternfahrt nach Jena und hielten dort am Mittag eine 20minütige Kundgebung auf der Kreuzung Knebelstraße/Stadtrodaer Straße ab. Sie forderten die Arbeitgeber auf, ihre Hinhaltenaktik aufzugeben ... Für morgen kündigte die ÖTV an, den Streik wie heute fortzusetzen. So werden morgen 564 Beschäftigte aus 5 Betrieben im Ausstand sein. Betroffen sind 212 Linien der Kreise Saalfeld-Rudolstadt, Saale-Orla, Saale-Holzland, Greiz und Sonneberg sowie der Städte Saalfeld, Pöbneck, Rudolstadt, Neuhäus, Lobenstein und Schleiz. In Neuhäus und Saalfeld fährt weiterhin der Behindertentransport ...“ (ÖTV-Presseerklärung vom 21. 2.)

22. 2.: 300 Busfahrer demonstrieren in Gera

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! — Wir wollen nicht länger Beschäftigte dritter Klasse sein!“ forderten etwa 300 Busfahrer der fünf bestreikten Betriebe des privaten Personenverkehrs Thüringens heute nachmittag auf einer 30minütigen Kundgebung in Gera vor dem Interhotel.

Sie waren in einer Sternfahrt aus der Omnibusverkehr Saale-Orla GmbH, der Personenverkehrsgesellschaft Neuhäus mbH, der JES-Verkehrsgesellschaft mbH, der Regionalverkehrsgesellschaft Gera Land mbH und der Om-



Bild: Streikaktion der Fahrer der Omnibus-Saale-Orla GmbH in Pöbneck am 18. Februar. Alle 28 Fahrer dieses Busunternehmens beteiligten sich an dem etwa zwei Wochen andauernden Streik. (Bildokument aus: „Neues Deutschland“, 20. 2.)

nibusverkehr Oberland GmbH Lobenstein nach Gera gekommen ... Die Kollegen der Geraer Verkehrsbetriebe zeigten sich solidarisch mit den Streikenden und fuhren für die Zeit der Kundgebung ihre Straßenbahnen und Busse nicht vom Platz ...“ (ÖTV-Pressemitteilung vom 22. 2.)

24. 2.: Busfahrer wurden aus dem Landtag verwiesen

Erfurt. Heute früh wurde eine Abordnung der streikenden thüringer Busfahrer aus dem Landtag verwiesen, nachdem sie in der Debatte um die Abgeordnetendiäten von der Zuhörertribüne aus lautstark ihren Unmut geäußert hatten. „Es ist schon zum Aus-der-Haut-Fahren“, so äußerte hinterher einer der Fahrer. „Hier greift man kräftig in die Selbstbedienungsregale, und wir müssen für ein paar Mark mehr nun schon über eine Woche streiken und es tut sich nichts. Da haben sich wohl ein paar Relationen verschoben.“ ... Auch heute wurde der Streik im privaten Personenverkehr Thüringens unvermindert fortgesetzt ... In der nächsten Woche wird es dann nach Einschätzung der ÖTV wieder zu größeren Einbrüchen im Schülerverkehr kommen. Viele der jetzt vor allem im Landkreis Greiz eingesetzten Fremdfirmen müssen nach

Beendigung der Schulferien in Sachsen ihren eigenen Schülerverkehr wieder abdecken, also ihre Busse aus Thüringen wieder abziehen. (ÖTV-Pressemitteilung, 24. 2.)

Busfahrer erstreikten 490 DM im Monat

Die Tarifverhandlungen für das private Verkehrsgewerbe in Thüringen endeten nach über sieben Stunden mit einem Kompromiß, der den Forderungen der ÖTV nahekommt.

Danach sollen die Beschäftigten rückwirkend zum 1. Januar 1995 einen Stundenlohn von 13,20 DM erhalten, ab Januar 1996 14,00 DM. Zusätzlich wird für die Beschäftigten der bestreikten Betriebe ein monatlicher Festbetrag von 204,92 DM ausbezahlt. Rechnet man diesen Betrag auf den Stundenlohn um, so ergibt sich ein Betrag von 14,38 DM pro Stunde in 1995 und von 15,18 DM in 1996. Konkret heißt das, der monatliche Bruttolohn steigt sich ab Januar um 490 DM auf 2488 DM.

„Wir haben durch die monatliche Zahlung eines Festbetrages im Volumen einen durchaus akzeptablen Stundenlohn erreicht“, bewertet Rudolf Schurze, Landesvorsitzender der ÖTV, das Ergebnis.

(ÖTV-Pressemitteilung vom 2. 3.)



Mehr als eintausend Menschen protestierten am 19. Februar gegen den in Sperenberg geplanten Großflughafen Berlin-Brandenburg. Sie forderten, die für den Flughafen vorgesehen Waldgebiete zu erhalten und zum Naturpark zu machen. Aufgerufen hatte ein „Bündnis gegen den Großflughafen“, dem 15 Berliner und Brandenburger Gruppen angehören. Bei der Abschlusskundgebung wurden 22 Bäume als Symbol gegen möglicherweise 22 Millionen Baumopfer bei einem Bau des Airports gepflanzt. — (rül, Bildokument aus: „Neues Deutschland“, 20. 2.)

„Wir müssen energischer für die Gleichstellung kämpfen“

Klaus-Peter Schwarz interviewte die frauenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der PDS Sachsen Brigitte Zschoche

Die Gleichstellung stand in Verfassung und Parteiprogramm, und sie kam nicht nur in den Reden zum 8. März immer wieder vor

Sie steht auch im Grundgesetz, und danach begannen und beginnen die Probleme ja erst. Unser Recht auf Arbeit war faktisch nur ein Zugeständnis des patriarchalischen Systems an die Frauen. Er kämpft hatten sie es nicht.

Wie hätte sich dieses erkämpfte Recht auf Arbeit denn vom zugestandenen Recht unterschieden?

Ich bin damals Direktorin eines Instituts für Lehrerbildung geworden, aber ich bin das gerade nicht als Frau geworden. Ich wurde es für meinen männlichen Ehrgeiz, für das besondere berufliche Engagement, und ich hatte mich gar nicht um diese Position beworben. Meine Berufung sollte zeigen, wozu es Frauen bringen konnten: zur Direktorin eines IfL. Bedeutet hat das aber auch, daß ich von 36 Kollegen IfL-Direktoren die einzige Frau war. In den Beratungen konnte ich dann sogar kritisch sein, weil ich ja diese Alibi-Rolle spielen mußte, aber wirkliche Veränderungen konnte ich nicht einmal im mir unterstellten Bereich durchsetzen. Welche nötig gewesen wären, sah ich damals freilich auch weniger klar.

Das Recht auf Arbeit gibt es heute ja für Frauen wie für Männer nicht mehr, und Frauen ist die Arbeit in überdurchschnittlichem Maß genommen worden. Es gibt die Formulierung, die DDR-Frauen seien die Verliererinnen der Wiedervereinigung gewesen. Sehen Sie das auch so?

Viele Frauen haben ohne Zweifel viel, ja ganz Wesentliches verloren: mit der Arbeit die ökonomische Unabhängigkeit und einen Großteil ihrer sozialen Beziehungen. Anders als die arbeitslosen Männer, die diese Beziehungen in Vereinen usw. eher fortsetzen, ziehen sich die abgewickelten Frauen in die familiäre Sphäre zurück. Zu tun gibt es dort immer, und wenigstens diese Sphäre können und wollen sie dann intakt halten. Und die DDR-Frauen haben mit der Un-Möglichkeit des legalen Schwangerschaftsabbruchs ohne Pflichtberatung sogar die Selbstbestimmung über ihren Körper verloren. Das ist ein zweiter Verlust, der sich gegen das Selbstbewußtsein der ostdeutschen Frauen ausgewirkt hat.

Das ist nachvollziehbar. Nur warum dieselben Frauen überdurchschnittlich die Verantwortlichen, die konservativen Politiker, gewählt haben, müssen Sie uns nun noch erklären.

Das ist mir auch unerklärlich. Aber es wird damit zu tun haben, daß sie ihre Rechte nicht erkämpft hatten, nicht haben erkämpfen müssen und daß wir in der DDR auch von den Informationen über die moderne Frauenbewegung abgeschnitten waren. Diese Defizite werden ein Rolle spielen, und wie viele Männer legen eben auch viele Frauen Wert auf die heute möglichen materiellen Gewinne.

Die ihre einzigen Gewinne aus der Wieder-

vereinigung sind? Oder sehen Sie neben den Verlusten auch den einen oder anderen Gewinn für die ostdeutschen Frauen?

Selbstverständlich sehe ich die. In dieser Frage gibt es keine Durchschnittswerte, und Frauen, die ihre Arbeit behalten haben oder Glück hatten, haben materiell gewonnen und sich in den Zeiten der Änderung verändern, sogar Selbständige oder Unternehmerinnen werden können. Aus dem größten Gewinn allerdings haben wir noch zu wenig gemacht, aus dem Gewinn von Bewegungsräumen und Chancen. Wir müssen energischer gegen unsere Diskriminierung, um unsere Gleichberechtigung kämpfen — aber wir können, wir können es jetzt auch.

Trotzdem würden Sie der These zustimmen, daß mit dem Sieg des Kapitalismus über den realen Sozialismus das Patriarchat wieder stärker geworden ist?



Die patriarchalischen Strukturen haben sich seit der Wende in Ost- wie Westdeutschland wieder verhärtet. Die Gleichberechtigung der Frauen ist nur als Neuverteilung der Erwerbs- und Familienarbeit und der Macht zugunsten der Frauen möglich, und jetzt sind nicht solidarische Teilen und seine Voraussetzungen, Sensibilität, Harmonie-Empfinden und Verantwortung für die Kommenden, angesagt. Nein, schneller Erfolg, Durchsetzungsvermögen und die Behauptung der Stärksten sind angesagt — die eher männlichen sozialen Eigenschaften. Das Kapitalverhältnis ist in diesem Sinne „männlich“, selbst wo Frauen von ihm profitieren.

Frauenbewußte und frauenbewegte Frauen würden ihm dann was entgegensetzen?

Etwas, was wir vielleicht „Familienverhältnisse“ nennen könnten. Schon in der alten chinesischen Philosophie wurde das so gesehen: als Erinnerung an die matriarchalische Prägung der Gesellschaft und als utopischer Gegenentwurf.

„Den großen Staat regieren, wie man kleine Fische brät...“ Daß das von einem Mann

geschrieben wurde, sehen Sie dabei nicht als Problem? Und daß Frauen, wo sie heute besonders auffallen, gar nicht an einer weiblichen Neubewertung der Geschichte oder ihrer Selbstfindung arbeiten, sondern als russische Soldatenmütter nach Tschetschenien fahren ...

... um ihre Söhne aus Jelzins Krieg herauszuholen. Das ist kein Problem und kein Widerspruch dazu. Es ist eher ein Beispiel für eine solche Frauenbewegung: ein Familiensinn und Sorge um die eigenen und alle Kinder, die nicht sentimental ist, sondern sich gegen die Geschäfte der mächtigen Herren wendet. Das ist großartig.

Wenn es aber in Sachsen einmal eine mächtige Frau, ein Frau Ministerpräsidentin Brigitte Zschoche gäbe — was würde Sie sofort dekretieren?

Das ist so unvorstellbar ... Darüber habe ich noch nicht nachgedacht

Aber gut: Ich würde auf allen Ebenen Mitstreiterinnen und Mitstreiter suchen und Gleichstellungsgremien einberufen, denen ich Politikangebote machen würde, und mit ihnen gemeinsam dem Patriarchat zu Leibe rücken.

Als Dringlichstes, daß wir den § 218 kippen. Er unterstellt den Frauen ja, daß es ihnen nur um Wollust im Bett und Lust an der Tötung der Leibesfrucht geht ... Altertümliches Wort, ja, aber so mittelalterlich sind die Argumente seiner Verteidiger nun einmal.

Dann die gesellschaftliche und staatliche Unterstützung aller Lebensentwürfe von Frauen und Männern. Kinder und Kindererziehung dürften nicht gegen Erwerbsarbeit sprechen oder nur aufgerechnet werden. Das sage ich auch selbstkritisch: Ich habe in der DDR selbst die Nase gerümpft, wenn eine Lehrerin ihre Klasse drei Jahre „im Stich gelassen“ hat, um für ihre Kinder da zu sein. — Drittens würde ich das Teilen von Macht und Arbeit, wie gesagt zugunsten der Frauen, fördern: nicht durch eine Frauen-Quote, sondern durch Investitionen in wirkliche Chancengleichheit. Eine der Maßnahmen dazu wäre, daß ich mein Kabinett zur Hälfte mit Frauen besetzen würde.

Was eine Quote wäre ...

Na und? Für mich ist es zuallererst die Anerkennung der gleichwertigen oder besseren Qualifikation von Frauen für diese Ministerämter. Mindestens zur Hälfte würde ich mein Kabinett also mit Frauen besetzen, ganz ohne Personalschwierigkeiten.

aus: „Parlament von links“, herausgegeben von der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag.

BRANDENBURG

Rechte Aktivitäten

Frankfurt (Oder)/Potsdam. Aufmerksamkeit erregten in Brandenburg zwei Prozesse vor Landgerichten, die sich mit Aktivitäten rechter Kräfte befaßten.

Vor dem Landgericht Frankfurt/Oder wurde der Mordversuch gegen einen nigerianischen Asylbewerber verhandelt, der im Mai 1992 in Wendisch Rietz von einer Horde randalierender Neonazis beinahe zu Tode geprügelt wurde. Der Angeklagte, ein bulliger und dreister Anführer einer Ku-Klux-Klan-Gruppe, der „die Feinde Deutschlands schlagen wollte“, hatte gemeinsam mit weiteren 16 Rechtsradikalen den Täter ermuntert und mit Sprechchören angefeuert, weiter auf den Kopf des Opfers einzuschlagen und ihn in den nahen See zu werfen. Der Angeklagte wurde vom Gericht zu acht Jahren Freiheitsentzug verurteilt.

Vor dem Potsdamer Landgericht wurde der Brandanschlag gegen das Haus des heutigen PDS-Bundestagsabgeordneten Rolf Kutzmutz verhandelt. Drei junge Männer hatten — wie die Anklage lautet — einen gemeinschaftlichen Mordversuch unternommen und im Dezember 1993 einen Molotow-Cocktail auf das Haus von Kutzmutz geworfen. Der Anschlag erfolgte wenige Tage nach der Stichwahl zum Oberbürgermeister in Potsdam. Die Jugendlichen hatten alkoholisiert von einem älteren vorbeistrassten Mitangeschuldigten den Brandsatz erhalten und ihn „zufällig“ gegen das Haus von Kutzmutz geschleudert. Sie bestreiten politische Motive, sind aber schon wegen eines Überfalls auf einen afrikanischen Bürger angeklagt. Kutzmutz selbst erklärte gegenüber der Presse, daß er auch heute noch Drohbriefe erhalte, in denen angekündigt wird, „sein Haus abzufackeln“.

Wie die Presse meldet, ist am 22. 2. 1995 in Potsdam das Büro der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen abgebrannt. Ein „politisch motivierter Brandanschlag“ sei nicht auszuschließen, verlautete aus Polizeikreisen.

In Presseberichten wurde gemeldet, daß Rechte in der letzten Zeit mit Anzeigen gegen linke Jugendliche und Antifaschisten vorgehen und damit Polizeiaktionen gegen linke und antifaschistische Jugendprojekte auslösen. Nach einer Aktion im Dezember 1994 gegen einen bekannten Treffpunkt von Neonazis in Brandenburg/Havel z.B. erstatteten rechte Jugendliche Anzeige gegen Personen aus der linken Szene. Die Staatsanwaltschaft Potsdam erließ umgehend Haftbefehl gegen einen Beschuldigten, und ein von linken Jugendlichen besetztes Haus wurde innerhalb von zwei Wochen zum wiederholten Male durchsucht. Ähnliche Vorgehensweisen der Polizei wurden in Eberswalde (Land Brandenburg) festgestellt.

Selbst während einer Plakataktion in Strausberg bei Berlin wurden Jugendliche festgenommen und gegen sie wegen angeblicher „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ (§ 129a StGB) ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Gegenüber der Presse beteuerte Dr. Lemke, Leiter der Strafabteilung im Brandenburger Justizministerium, daß „im Augenblick bei der Staatsanwaltschaft Brandenburg der Kampf gegen rechts Priorität hat“. Die linken Jugendgruppen sind jedoch anderer Meinung. Sie stellen fest, daß „Polizei, Staatsanwaltschaft und die Sonderkommission gegen rechtsorientierte, und fremdenfeindliche Gewalt immer stärker gegen HausbesetzerInnen und antifaschistische Jugendliche vorgehen“.

Quellen: „Neues Deutschland“, „Junge Welt“ 1. 2. - 28. 2. — (abe)

Einige Vorbemerkungen

„Links“ bedeutet traditionell Eintreten für sozial gerechtere und demokratischere gesellschaftliche Verhältnisse als die gegebenen. Diese Aussage deutet zumindest auf drei Probleme hin: „Links“ ist eine veränderliche Komponente: 1. Wer gestern mehr Gerechtigkeit und Demokratie forderte, kann sich heute mit erstrittenen Veränderungen zufrieden geben, obwohl z.B. weiterhin Menschen hungern und Betroffene von Mitbestimmung ausgeschlossen bleiben. Er hört also auf, „links“ zu sein bzw. war nie „konsequent links“. 2. Umweltzerstörung ist unsozial, denn sie nimmt Menschen Lebenschancen. „Links“ sein muß also den Kampf um ökologische Vernunft einschließen. 3. Aus 1. und 2. folgt logisch, daß die Staatsparteien in den „realsozialistischen“ Staaten eigentlich nicht wirklich „links“ waren.

Diese kurzen Überlegungen zeigen, daß Definitionen vonnöten sind, soll etwas mehr Klarheit über politische Kräfteverhältnisse und Chancen „linker“ Politik in Osteuropa geschaffen werden. In diesem Sinne einige Thesen und Erklärungen:

1. Unter „links“ wird in den folgenden Darlegungen eine Politik verstanden, die auf die Realisierung der Menschenrechte in konkreten Ländern gerichtet ist. „Linkssozialistische“ bzw. „sozialistische“ Politik ist auf die Verwirklichung der Menschenrechte für jeden Menschen und die nachkommenden Generationen orientiert. Sozialistische Politik ist also konsequent links.

Wenn von „Menschenrechten“ die Rede ist, dann geht es um sinnvolle bezahlte Arbeit, Wohnen in einer gesunden Umwelt, lebenslange Bildung und medizinische Betreuung, gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, selbstbestimmtes Sein.

2. Mit „Osteuropa“ sind im folgenden jene europäischen Staaten gemeint, die in ihrer „realsozialistischen“ Vergangenheit Mitgliedsländer des Warschauer Paktes und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe waren. Es handelt sich also um Länder, in denen wesentlich das sowjetische Gesellschaftsmodell eingeführt und realisiert wurde.

3. „Linke in Osteuropa“ bezeichnet einen breiteren Kreis politischer Kräfte als jene, die den Sozialismus als notwendiges Ziel, Wertesystem und emanzipatorische Bewegung betrachten. „Linke“ sind verschiedene politische Kräfte, unter denen heute national und international kaum aktive Kommunikation und Kooperation stattfindet. Es gibt also trotz Gemeinsamkeiten in der Geschichte von Linken in den einzelnen osteuropäischen Ländern keine „osteuropäische Linke“, auch keine „osteuropäische sozialistische Bewegung“. Diese Tatsache ist am treffendsten mit dem Wort „katastrophal“ zu charakterisieren.

Zur Problematik „KP-Nachfolgebpartei“

Wenn es in der westeuropäischen Literatur verschiedener politischer Couleur um Linke in Osteuropa geht, werden gewöhnlich zunächst die Nachfolgeorganisationen der einstigen Staatsparteien betrachtet, anschließend linke „Dissidentenbewegungen“. Da erscheinen Artikel wie „Die Alt-Kommunisten in Osteuropa befinden sich im Aufwind“ von Heinz Timmermann (*Frankfurter Rundschau* vom 21.1.1994) oder „Schwierige Demokratisierungsprozesse“ von Jakob Juchler (*Osteuropa* 2/1994), die insbesondere versuchen, den politischen Einfluß von „KP-Nachfolgebpartei“ zu erfassen. Greifen wir derartige Darstellungen einmal auf und

ergänzen sie, ergibt sich folgendes Bild:

Belarus (Weißrußland): Partei der Kommunisten W. Tschikins, 60000 Mitglieder, regierungsnah, „reformbremsende“ Politik.

Bulgarien: Sozialistische Partei J. Idenovs, 380000 Mitglieder, in Wahlen 1991 33,1% Stimmenanteil, stützt die Regierung, will soziale Härten infolge marktwirtschaftlicher Reformen mildern.

Estland: Demokratische Arbeiterpartei, 2350 Mitglieder, 1992 5%, Wahlergebnis, nunmehr nicht mehr im Parlament vertreten, versteht sich als konstruktive Opposition, die marktwirtschaftliche Reformen unterstützt.

Lettland: Demokratische Arbeiterpartei J. Bojars, 2000 Mitglieder, bei den Wahlen 1993 0,9% Stimmenanteil, definiert sich als sozialdemokratische konstruktive Opposition, die auf marktwirtschaftliche Reformen orientiert.

Litauen: Demokratische Arbeiterpartei A. Slezevicius (zuvor A. Brasauskas), 15000 Mitglieder, in Wahlen 1992 42,6%, alleinregierende Partei, die sich als sozialdemokratisch versteht und auf sozialpolitisch flankierte marktwirtschaftliche Reformen setzt.

Polen: Sozialdemokratie in der Republik Polen A. Kwasniewskis, 60000 Mitglieder, im Wahlbündnis 1993 20,6% der Stimmen erreicht, stärkste Regierungspartei, die sozial verträgliche marktwirtschaftliche Reformen realisieren will.

Rumänien: Sozialdemokratische Partei in Rumänien A. Nastases (zuvor N. Iliescu), 84000 Mitglieder, Wahlergebnis 1992 27%, stärkste Regierungspartei, die begrenzt marktwirtschaftliche Reformen anstrebt; Demokratische Partei/Front der Nationalen Rettung P. Romans, 15000 Mitglieder, 1992 14,4% Stimmenanteil, versteht sich als konstruktive reformwillige Opposition; Sozialistische Partei der Arbeit I. Verdets, 10000 Mitglieder, strebt nach demokratischem Sozialismus, nach sozialer Marktwirtschaft mit verschiedenen Eigentumsformen, 1992 3,1% Stimmenanteil und damit parlamentarisch vertreten.

Rußland: Kommunistische Partei G. Zuanows, 500000 Mitglieder, 1993 13% Stimmenanteil, harte Opposition mit orthodox-imperialistischer Orientierung; Anhänger einer national orientierten Politik der „starken Hand“ ebenso wie der Bund der Kommunisten Schenins und Prigarins, die Russische Partei der Kommunisten Krutschkows, die Kommunistische Arbeiterpartei Anpilows; Sozialistische Partei der Werktätigen L. Wartasarowas und R. Medwedjews, 12000 Mitglieder, zu den Wahlen 1993 wegen fehlender Unterschriften nicht zugelassen, in Opposition zur herrschenden Politik, aber ohne klares Oppositionsprogramm; Sozialdemokratische Partei der Russischen Föderation, für konstruktive, kritische Zusammenarbeit mit der Regierung, seit 1992 verschiedene linke Abspaltungen von der Partei, die sich insgesamt weiter nach rechts und „national“ orientiert; Agrarpartei, aus der Sozialistischen Partei der Werktätigen hervorgegangen, vertritt die Interessen der (ehemaligen)

Kolchos- und Sowchosbauern, bei den Wahlen 1993 8% Stimmenanteil; Demokratische Partei Rußlands Trawkins, will auf demokratischem Wege sozial verträgliche marktwirtschaftliche Reformen realisieren.

Slowakei: Partei der Demokratischen Linken von P. Weiss, 43000 Mitglieder, in Wahlen 1992 14,2% Stimmenanteil, bei Wahlen 1994 10,4%, definiert sich als sozialdemokratische reformorientierte konstruktive Opposition.

Tschechien: Kommunistische Partei von Böhmen und Mähren M. Grebeniecs, 300000 Mitglieder, bei Wahlen 1992 14,1% Stimmenanteil, begreift sich als Opposition, die sich von traditionell „kommunistischen“ Ideen leiten läßt.

Ukraine: Sozialistische Partei O. Moros, 29000 Mitglieder, erklärt sich als konsequente Opposition und hält am Ziel demokratischer Sozialismus fest, bei Wahlen 1994 4% der Parlamentssitze; Kommunistische Partei P. Simonkos, 128000 Mitglieder, versteht sich als harte Opposition, die sich an traditionellen „kommunistischen“ Ideen orientiert, bei Wahlen 1994 25% der Parlamentssitze.

Ungarn: Sozialistische Partei G. Horns, 40000 Mitglieder, bei Wahlen 1990 10,9%, im Ergebnis der Parlamentswahlen 1994 54% der Mandate errungen, sieht sich als konstruktive politische Kraft, die demokratisch und sozialpolitisch abgefedert marktwirtschaftliche Reformen fortsetzen will, einzige osteuropäische KP-Nachfolgepartei mit Beobachterstatus bei der Sozialistischen Internationale; Ungarische Arbeiterpartei, 20000 Mitglieder, bei Wahlen 1994 4%, will Interessen der Werktätigen vertreten, versteht sich als kommunistische Reformpartei.

Diese kurze Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Exaktheit: Bezüglich der Mitgliederzahlen gibt es widersprüchliche Angaben. Die Klassifizierung der „Nachfolgepartei“ ist angreifbar, denn insbesondere in Rußland bestehen mehrere sich als links verstehende Parteien im wesentlichen aus ehemaligen KPdSU-Mitgliedern. Vielfach wird um das eigene Selbstverständnis noch gerungen.

Ferner gibt es in allen genannten Ländern weitere kleine, hier nicht genannte „kommunistische“ und „sozialistische“ Splitterparteien, die sich widersprüchlich auf die einstige „kommunistische Staatspartei“ beziehen.

In den bisherigen Darlegungen ist nicht zufällig mehrfach das Wort „kommunistisch“ in Anführungszeichen gesetzt. Damit soll auf den grundlegenden Unterschied zwischen kommunistisch im Sinne des „Kommunistischen Manifests“ und „kommunistisch“ im Sinne einer durch sogenannte „Kommunistische Parteien“ praktizierten Politik hingewiesen werden. Das Großartige am „Kommunistischen Manifest“ ist die Formulierung einer Vision, ausgehend vom Emanzipationsgedanken: Die freie Entwicklung eines jeden Menschen als die Bedingung für die freie Entwicklung der Gesellschaft.

Diese Idee bestimmte nicht die Politik der „kommunistischen Staatsparteien“. Um jedoch deren Wandlungen und die Problematik Linker in Osteuro-

pa besser verstehen zu können, ist es notwendig, einige Bemerkungen zur Basis der einstigen Staatsparteien zu machen. Deren Widersprüchlichkeit zeigt sich insbesondere darin, daß unter den Mitgliedern zum einen selbstlose Kämpferinnen und Kämpfer gegen Faschismus und für eine menschliche Gesellschaft waren, darunter Opfer stalinistischer Repressalien, und zum anderen Unterdrücker, ja sogar Peiniger dieser Menschen.

Allein diese Tatsache verweist auf zwei Problemkreise: Da sind einerseits psychologische Fragen, andererseits Alternativenlosigkeit. Dies ist nicht einfach logisch zu erfassen, weshalb es einiger Worte bedarf: Die Kommunistinnen und Kommunisten in den osteuropäischen Ländern lebten und kämpften jahrzehntlang halb- oder illegal. Sie waren lange Zeit täglich tödlicher Gefahr ausgesetzt. Das verlangte Strukturen und eine Arbeitsweise, die vergleichbar mit denen militärischer Organisationen waren. Diese boten kaum Möglichkeiten für demokratische Willensbildung und Entscheidungsfindung. Folglich herrschte Zentralismus vor und somit die Sonderrolle einer kleinen Elite. Die Existenz von Gewaltdiktaturen bestärkte die primäre Ausrichtung auf die Eroberung von Herrschaft. Demokratinnen und Demokraten in diesen Parteien, Kritikerinnen und Kritiker von Entscheidungen und Methoden der Parteielite standen vor vier Möglichkeiten:

1. aussteigen und in die Vereinzelung und somit in die politische Wirkungslosigkeit gehen, was unter den Bedingungen halb- oder ganzfaschistischer Diktatur in den eigenen Augen zumeist Verfall bedeutete,

2. weiter gegen die primären Todfeinde kämpfen und die notwendigen Organisationsreformen auf bessere Zeiten in der Zukunft verschieben,

3. sich der Organisationsdisziplin offen widersetzen und riskieren, ausgeschlossen und/oder beseitigt zu werden, was weder im Kampf gegen die eigentlichen Feinde von Nutzen war noch von den Freundinnen und Freunden verstanden werden konnte,

4. eine innerparteiliche Opposition aufbauen, wozu auf Grund der gesellschaftlichen Verhältnisse, Kampfbedingungen und Organisationsprinzipien der Partei zumeist die Kräfte nicht reichten oder was einfach nicht möglich war.

Diese Dilemmata setzten sich auch nach der Erlangung von Herrschaft in der Gesellschaft fort, wobei die Organisationsstrukturen der Partei zu gesellschaftspolitischen Strukturen wurden. So entstanden pyramidenartige Gesellschaftsgebilde, in der eine kleine Gruppe über nationalisiertes Eigentum und die Reproduktionsbedingungen der Gesellschaft verfügte. Diese Strukturen wurden und blieben systembestimmend nach den Mordfeldzügen gegen Kommunistinnen und Kommunisten in der Sowjetunion. Bis zu deren Ende waren nicht einmal 1,5% der Bevölkerung an der Herrschaft beteiligt. Somit konnten nicht das Allgemeinwohl bzw. die Lösung menschlicher Existenzprobleme primäre Ausgangspunkte von Politik sein. Expansionsstreben, Gruppenegoismus und soziale Privilegien waren ebenso folgerichtig wie Repressalien und Legitimationsideologien.

Bei dieser Kritik werden keineswegs Kriege gegen sozialistische Staaten und tatsächliche Kriegsgefahren vergessen oder verniedlicht, sie negiert und verringert auch keineswegs soziale Errungenschaften wie die Beseitigung von Hunger und Analphabetismus, wie die Sicherung von Vollbeschäftigung und medizinischer Betreuung.

Das Parteimitglied, das täglich mit sozialer Ungerechtigkeit und Korrup-

Linke in Osteuropa

Von Judith Dellheim

Schon die Überschrift provoziert zu Fragen: Wer ist links? Was gehört zu Osteuropa? Warum „Linke in Osteuropa“ und nicht „Osteuropas Linke“ oder „Die Linke in Osteuropa“?

tion konfrontiert war, das durch Mangel an Waren und Leistungen des täglichen Bedarfs und durch Kämpfe mit der Bürokratie belastet wurde, konnte wiederum zwischen fünf Möglichkeiten wählen:

1. in den vorhandenen Verhältnissen mit mehr oder weniger Hingabe arbeiten und auf die Ehrlichkeit und den guten Willen der Partei- und Staatsführung sowie der meisten Parteimitglieder setzen und/oder auf „positive Veränderungen“ hoffen,

2. in den bestehenden Strukturen Karrieremöglichkeiten erschließen, des Gemeinwohls und/oder persönlicher Vorteile wegen,

3. aussteigen und sich in die politische Vereinzelung und Passivität begeben,

4. in der Partei das „Unsozialistische“ bis zum Ausschluß und/oder bis zur Verfolgung anprangern,

5. aussteigen und/oder im Zuge von 4. Dissident werden, entweder mit dem Ziel sozialistischer Erneuerung oder dem kapitalistischer Entwicklung.

Für das kritische, dem Sozialismus verbundene Mitglied blieben also nur 4. und 5. Das aber hieß Bruch mit den „Gutgläubigen“ im Sinne von 1. und Repressalien.

Die Furcht vor dieser Konsequenz und der Zweifel an der Richtigkeit eines solchen Verhaltens unter den Bedingungen des Wettrüstens und permanenter internationaler Konflikte wirkten als „ungesundes Korrektiv“: Das Mitglied zwang sich zur Parteidisziplin, obwohl es diese Disziplin und diese Partei- und Gesellschaftsstrukturen nicht mehr wollte. Es war gelähmt und lähmte sich selber. Es hoffte auf „sozialistische Erneuerung“ von „oben“.

Die Perestrojka bzw. die politischen Umbrüche in den osteuropäischen Ländern haben eine Vorgeschichte, die zur Unfähigkeit der Volkswirtschaften, ihre einfache Reproduktion zu sichern, führte. Hochgradige Auslandsverschuldung, Mangel an Wohnungen, sozialer Infrastruktur, an Waren und Leistungen des täglichen Bedarfs, die Folgen jahrzehntelanger Entmündigung, Demoralisierung durch Unterdrückung der Persönlichkeit und soziale Ungerechtigkeit, moralischer Verfall infolge wachsender informeller Wirtschaft gehören zu dieser Geschichte. Die genannten Faktoren bewirkten, daß mehr Demokratie und bereits wenige Schritte in Richtung einer Liberalisierung des Wirtschaftslebens zu unkontrollierbaren sozialen und ökonomischen Entwicklungen sowie zur Bereicherung einzelner führten.

Für die Entwicklung der Linken in den osteuropäischen Ländern entscheidend ist das gesellschaftspolitische Gewicht der von den oben genannten fünf Möglichkeiten abgeleiteten Gruppen: In den Ländern wie Polen, Ungarn, Bulgarien und der Sowjetunion, wo marktwirtschaftliche Reformen von den Staatsparteien eingeleitet wurden, bildeten sich an der Sozialdemokratie orientierte politische Kräfte heraus. Dieser Prozeß zeigt sich insbesondere in der komplizierten Entwicklung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei zur Sozialdemokratie in der Republik Polen, der Partei der Demokratischen Linken (Slowakei) und der Ungarischen Vereinigten Arbeiterpartei zur Sozialistischen Partei.

Sozialismus und Nationales — ein Kernproblem osteuropäischer Linker

Bezüglich dieser Problematik sind Ratschläge aus Westeuropa zumeist sehr abstrakt und wenig hilfreich. Deshalb dazu einige Überlegungen:

„Der Aufbau des Sozialismus in einem Lande“, propagiert von Stalin

und Losung der unter ihm „gesäuberten“ Kommunistischen Partei, setzte auf Nationalismus, wenngleich auf Nationalismus einer ganz spezifischen Prägung. Trotzki, der hier keineswegs heilig gesprochen werden soll, begründete, daß sich isoliert entwickelnder Sozialismus immer deformiert sein müsse. Schließlich widerspräche diese Variante dem internationalen Charakter des Proletariats. Ihre Realisierung erforderte folglich eine ganz besondere Ideologie, die zum einen Entbehrungen für die Volksmassen, zum anderen z. B. das Verbot des Publizierens ausländischer Literatur, selbst sozialistischer Orientierung, rechtfertigen mußte. Eine derartige Legitimationstheorie mußte zwangsläufig die „Vorreiterrolle des vom Fortschritt auserwählten Volkes“ zum Inhalt haben.

Diese Tatsache erklärt auch den in der UdSSR verbreiteten Antisemitismus: Es waren insbesondere Kommunistinnen und Kommunisten jüdischer Herkunft, großenteils Angehörige der Intelligenz, die auf Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Kräften im Ausland drängten und auf den Reichtum internationaler sozialistischer Bewegung verwiesen. Die Repressalien gegen sie bis hin zu ihrer Ermordung waren daher häufig mit antisemitischer „Begleitmusik“ verbunden. Dies wurde wesentlich durch die Tradition der russisch-orthodoxen Kirche und die allgemeine Rückständigkeit gefördert: Bürgerliche Kräfte besiegten feudale letztendlich mittels Warenproduktion, die mit dem Weltmarkt verbunden ist. Weltmarkt und Geld gehören zusammen und galten als Fremdes, Lebensbedrohliches, Jüdisches...

Eine entscheidende Besonderheit des von „Kommunisten“ gebrauchten Nationalismus bestand in seiner „sowjetischen“ Hülle, welche scheinbar seinem Inhalt widerspricht: Das Sowjetische war dem Nationalen weitgehend fremd, es war wesentlich russisch und dennoch nicht-russisch-imperial. Da die herrschende Elite in der UdSSR ihre Politik am Erhalt des Imperiums mit seinen zentralistischen Machtstrukturen orientierte, mußte sie letztendlich einerseits Nationales weitgehend unterdrücken, andererseits auf Nationales setzen. Einerseits gab es kein nationales Selbstbestimmungsrecht, andererseits verlangten der Zentralismus und die Wahrung des Imperiums politische, ökonomische und soziale Privilegien für nationale Eliten.

Dieses Modell ist auf den Warschauer Pakt und RGW weitgehend übertragbar: Einerseits dominierte Moskau politisch und bestimmte die gesellschaftliche Entwicklungsrichtung, andererseits kann die permanent behauptete Ausbeutung der RGW-Mitgliedsländer durch die UdSSR keineswegs schlüssig bewiesen werden. Im Gegenteil, für die politische Hörigkeit und somit für die Unterdrückung der „Brudervölker“ durch die Eliten der „Bruderparteien“ haben die Völker der Sowjetunion kräftig gezahlt.

Die der Partei- und Staatsführung der KPdSU so brüderlich verbundenen Eliten in den „Bruderstaaten“ bedienten sich vielfach ebenfalls einerseits des

Antisemitismus, andererseits des Nationalismus. Dies in mehrfacher Hinsicht: Der Antisemitismus richtete sich gegen politische Konkurrenten, oftmals gegen sozialistische Kritik am „realen Sozialismus“. Er diente als „Treuebeweis“ gegenüber der sowjetischen Staats- und Parteiführung und als Hilfsmittel für die Legitimation der eigenen Politik nach innen, z. B.: „Ihr seht doch, daß wir polnischen Kommunisten die bisher beste polnische Regierung stellen und daß Volkspolen unter der Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei die größten Erfolge in der gesamten polnischen Geschichte aufzuweisen hat...“

Gleichzeitig „flogen“ Kommunisten jüdischer Herkunft mal ganz schnell aus ihren Ämtern und wurde im Rahmen der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ der „große Bruder“ Sowjetunion mal ganz einfach zu wirtschaftlichen Zugeständnissen erpreßt. Die Folgen trafen wiederum das „russische Brudervolk“.



Wer sowohl in der UdSSR als auch in deren „Bruderstaaten“ zum Kapitalismus und somit zum Privateigentum wollte, war gut beraten, sich auf das „Nationale“ zu besinnen. Nationalismus wurde (erneut) zum Mittel für Ressourcenverteilung. Eine Sowjetrepublik nach der anderen trat aus der Union aus, genauso

wie zuvor ein „Ostblockland“ nach dem anderen seine „Unabhängigkeit und nationale Souveränität“ erklärte.

Daß sich große Teile der Bevölkerung ihrer nationalen Identität besannen, ist zum einen Widerspiegelung bewußt gewordener tatsächlicher Entmündigung, zum anderen das Ergebnis erfolgreicher Manipulation. Denn die Besinnung auf das nationale Sein, die Tradition der Ahnen führt keinesfalls zwingend zur Empfänglichkeit für Nationalismus. Ferner ist interessant, daß auch und gerade „Nationale“ der Bevölkerung Hilfe aus dem Westen in Aussicht stellten.

Insgesamt lassen sich drei widersprüchliche nationalistische Tendenzen aufzeigen: a) Nationalismus im Sinne von Antisowjetismus und Orientierung auf den Westen, b) Nationalismus als von der Weltgesellschaft abgeschottete Entwicklung nach romantisch-mittelalterlichem Vorbild, c) „Aufbau aus eigenen Kräften“ als Neuauflage der Ideologie „sozialistischer Industrialisierung“ aus den dreißiger Jahren bzw. den Nachkriegsjahren.

Die Variante c) basierte auf der (mehr oder weniger verklärt dargestellten) Geschichte der Arbeiterbewegung in verschiedenen Ländern und wird häufig von „der Sache des Kommunismus treu ergebenden“ Mitgliedern „kommunistischer“ Parteien propagiert. Die sowjetische Variante von c) setzte folgerichtig auf den Erhalt der Union, die, wie gezeigt, Imperium war, und damit gleichzeitig auf die Hegemonie des ebenfalls unterdrückten Russischen.

Hier aber kommt es zu einer teilweisen bzw. scheinbaren Interessensübereinstimmung mit den Shirinowski-Leuten: Sie wollen das russische Imperium auf dem Gesamtterritorium der ehemaligen Sowjetunion. Linke in osteuropä-

schen Ländern stoßen immer wieder auf das Nationale und zumeist sich selbst daran: Da sind einmal die nationalen Minderheiten in den einzelnen Ländern, deren Interessen sie berücksichtigen müssen, die jedoch vielfach denen von „Bevölkerungsmehrheiten“ widersprechen und nicht selten aggressiv und nationalistisch artikuliert werden. Da sind ferner die Verfechter des Kapitalismus, die sich oftmals kosmopolitischer, „internationalistischer“ Phrasen bedienen. So müssen Linke insbesondere die zerstörerischen Konsequenzen aus den wirtschaftspolitischen Auflagen von IWF und Weltbank für die Bevölkerung in „ihren“ Ländern aufzeigen. Da sind die in ihrer Würde Gekränkten, Haltlosen und sozial Verarmten, die Orientierung im „Nationalen“ suchen, und da lauern die Wirkungen von c). Das aber betrifft reale bzw. mögliche Wählerinnen und Wähler sowie Potential für außerparlamentarischen Druck.

Und es zeigt sich erneut ein Dilemma: Einerseits müssen Linke um Einfluß ringen, um menschliche Existenzprobleme lösen helfen zu können, andererseits können sie in Regierungsverantwortung nur beschränkt linke Politik realisieren: Die ökonomischen Voraussetzungen für eine zur Marktwirtschaft alternativen Entwicklung sind nicht (mehr) vorhanden. Sofern sie auf innere Entwicklungstendenzen setzen, müssen sie an „Nationales“ appellieren. Sofern Linke auf äußere Hilfe setzen (müssen), partizipieren sie an der Ausbeutung der „Dritten Welt“. Sind die Volkswirtschaften und Versorgungsstrukturen zerstört, meinen sozialdemokratisch orientierte Linke häufig, für eine Mitgliedschaft des Landes in der EU und der Partei in der Sozialistischen Internationale eintreten zu müssen. Als Beispiel dienen die Ungarische Sozialistische Partei, die Partei der Demokratischen Linken in der Slowakei, die bulgarische Sozialistische Partei und die Sozialdemokratie in der Republik Polen.

So oder so, auf dem Wege zur kapitaldominierten Weltwirtschaft, zu der es scheinbar gegenwärtig keine reale Alternative gibt, sind konsequent Linke vielfach in einem ähnlich komplizierten Wissenskonflikt, wie ihn wirkliche Kommunistinnen und Kommunisten in marxistisch-leninistischen Parteien durchlebten.

Wer heute in Osteuropa konsequent links sein, originäre sozialistische Politik machen will, kann eigentlich nicht in einer einflußreichen Partei sein. Aber Vereinzelung bzw. Zirkel-Bildung mit edlen sozialistischen Ideen hilft auch nicht, gesellschaftlich wirksam zu werden, hier und heute Veränderungen zu beginnen. Vielmehr geht es darum, in bestehenden linken Parteien und emanzipatorischen Bewegungen sowie über deren Rahmen hinweg die Kommunikation mit Gleichgesinnten zu organisieren, an internationaler Vernetzung zu arbeiten. Derartige Versuche gibt es mit der Alternativen Linken in Ungarn und dem Kongreß demokratischer Linkskräfte in Rußland. Hier kooperieren Linke aus verschiedenen politischen Zusammenhängen. Im September 1994 kamen in Budapest ca. 100 Linke aus verschiedenen Ländern zusammen und schufen zur Qualifizierung ihrer Kommunikation das Computersystem INTERLEFT. All das soll nicht über-, vor allem aber auch nicht unterschätzt werden. Wir haben kein Recht, Chancen für die Entwicklung einer europäischen Linksbewegung ungenutzt zu lassen.

Judith Dellheim ist Mitglied des Landesvorstandes Berlin und des Bundesvorstandes der PDS. Ihr Artikel erschien bereits in den „Ost-West-Informationen“ 4/94 des Alternativ-sozialistischen Osteuropakomitees Graz.

Faschistische Luftaggression gegen England

Zur Vorgeschichte des alliierten Luftkrieges gegen Deutschland

In der bürgerlichen Propaganda, die im Zusammenhang der Gedenktage den Untergang des faschistischen Deutschen Reichs zur Begründung neuer deutscher Großmachtspolitik zu verarbeiten sucht, spielt der Luftkrieg der Alliierten eine große Rolle (siehe letzte Ausgabe). Speziell im Hinblick auf den Luftkrieg Großbritanniens, der mit dem Stichwort vom „Bomber Harris“ zur terroristischen Schlächtereierklärung wird, wird die Prüfung von Begründung und Zielen stark erschwert. Dabei handelt es sich um eine grobe Geschichtsfälschung, die Tatsachen und Voraussetzungen verschweigt und darauf baut, daß das wirkliche Geschehen nur durch wachsende Anstrengung rekonstruiert werden kann. Denn der Luftkrieg der Alliierten gegen Hitlerdeutschland ist ohne die deutsche Luftaggression gegen Großbritannien nicht zu verstehen.

Die Lage im Frühsommer 1940

Der Verlauf des vom faschistischen Deutschen Reich entfesselten zweiten Weltkrieges ist bis zum Frühsommer 1940 durch folgende Entwicklungen und Ergebnisse charakterisiert:

— Die durch die faschistische Aggression bedrohten Länder haben es nicht vermocht, ein Anti-Hitler-Bündnis zu schließen. In den bürgerlichen Demokratien des Westens gab es Tendenzen zur Kollaboration mit dem Faschismus, und auch die Mehrheit der nichtfaschistischen Kräfte hat das volle Ausmaß des Unheils, das der Faschismus für die Menschheit bedeutete, erst erkannt, als sie selbst direkt damit konfrontiert waren. Letzteres gilt in gewissem Umfang auch für die Sowjetunion. Zwar konnte sie kaum zweifeln, daß sich der Hauptstoß der faschistischen Aggression nach Osten, gegen sie richten sollte; aber wenn sie sich auch am Vorabend des Krieges — vergeblich — um Beistandsabkommen mit den westlichen Mächten bemühte, ließ sie sich doch von Mißtrauen und Angst vor einem Zusammengehen Englands und Frankreichs mit Deutschland und Italien zu stark leiten. — Bis zum Frühsommer 1940 hatte die deutsche Blitzkriegstrategie, deren Erfolg *politisch* auf der Kollaborationsbereitschaft von Teilen der herrschenden Klassen in den überfallenen Ländern basierte, zur Niederwerfung und Besetzung von Polen, Norwegen, Dänemark, den Niederlanden, Belgien und Frankreich geführt. Die Streitkräfte, die Großbritannien zur Unterstützung der Abwehr des deutschen Vormarschs nach Kontinentaleuropa entsandt hatte, konnten über Dünkirchen gerade noch der Vernichtung entkommen.

Mit der Errichtung des Vichy-Regimes in Frankreich stand Großbritannien im Abwehrkampf gegen den faschistischen Aggressor militärisch allein, wenn auch nicht ohne Freunde vor allem in den USA. Das Deutsche Reich

war bestrebt, den Krieg im Westen „so oder so“ — durch Friedensschluß mit oder militärischen Sieg über Großbritannien — zu beenden, um sich ganz auf das Kriegsziel der Eroberung des Ostens zu konzentrieren. Churchill notiert in seinen Memoiren: „Am 19. Juli (1940 — d. Verf.) hielt Hitler seine triumphierende Rede vor dem Reichstag, darin er, nach der Voraussage, ich würde bald in Kanada Zuflucht suchen, sein sogenanntes Friedensangebot machte. Diese Geste wurde in den folgenden Tagen von diplomatischen Vorstellungen über Schweden, die Vereinigten Staaten und den Vatikan begleitet. Natürlich wäre Hitler froh gewesen, wenn er, nach der Unterwerfung ganz Europas unter seinen Willen, den Krieg dadurch hätte beenden können, daß England sich mit seinen Taten abfand. In Wahrheit war es kein Friedensangebot, sondern die Erklärung, daß Hitler bereit sei, Englands völlige Preisgabe alles dessen entgegenzunehmen, das zu bewahren es in den Krieg gezogen war.“

(1) Mit der kategorischen Ablehnung des „Friedensangebots“ stellte die britische Regierung klar, daß die herrschende Klasse Großbritanniens jedem Liebäugeln mit dem Faschismus entsagte. Damit waren wichtige politische Voraussetzungen für die erfolgreiche Abwehr des faschistischen Angriffs auf die Insel geschaffen.

Die Gefahr der Invasion ist real

Die militärische Situation war für Großbritannien überaus bedrohlich.

Sein militärisches Gewicht beruhte über Jahrhunderte auf der überlegenen Seemacht des Landes. Die Überlegenheit zur See, die Großbritannien in vielen Kriegen vor der Invasion durch fremde Mächte geschützt hatte, war aber durch die wachsende Bedeutung der Luftwaffe relativiert. Bereits im Abwehrkampf der britischen Marine gegen die Besetzung Norwegens durch deutsche Truppen hatte man die Erfahrung machen müssen, wie gefährlich die Luftstreitkräfte der Marine werden können. (2) Obwohl also Großbritannien die Seeherrschaft über den Kanal besaß, hingen Erfolg oder Mißerfolg der Abwehr des Invasionsversuchs davon ab, wer die Luftherrschaft eroberte.

Das war auch der faschistischen deutschen Führung klar. Bereits in den ersten Weisungen zur konkreten Planung der Invasion nannte sie die „Erlangung der Luftherrschaft“ als wichtigste Voraussetzung, und zwar für die Sicherung des Aufmarsches der Transportflotte, für die Kanalüberquerung, die Landung an der englischen Südküste und die Aufrechterhaltung des Nachschubs für die Invasionstruppen. So sollte die eigentliche Invasion vorbereitet werden durch die uneingeschränkte Luftoffensive. Sie begann Mitte August und sollte ihr Ziel, die Vernichtung der Ro-



In Anlehnung an die alte, aus der Gladiatorenzeit stammende Geste „Tod!“ droht eine italienische Zeitung 1940 London Tod und Vernichtung an. Solche Plakate sollten den faschistischen Anhang von der Unbesiegbarkeit der deutschen Luftwaffe überzeugen und davon, daß die Gegner des Faschismus der Vernichtung anheimfallen.

yal Air Force (RAF), innerhalb eines Monats erreichen. „Ich habe dem Führer gesagt“, wird Göring zitiert (3), „daß die britische Luftwaffe rechtzeitig für die am 15. September beginnende Operation *Seelöwe*, wenn deutsche Soldaten englischen Boden betreten werden, zerschlagen sein wird.“

Die Gefahr war groß, und tatsächlich geriet die Royal Air Force an den Rand einer Niederlage. Die deutsche Luftwaffe besaß auf dem europäischen Kontinent die vollständige Luftherrschaft; von der norwegischen Küste bis zur Bretagne zog sich eine Kette von Stützpunkten, von denen die Luftwaffe Ziele in Großbritannien erreichen konnte. Zudem war die RAF, mehr als die zumindest quantitativ überlegene Luftwaffe, durch die Luftkämpfe über Frankreich und den Schutz der Evakuierung des britischen Expeditionsheeres stark geschwächt.

„Die deutsche Luftwaffe war zu jener Zeit, soweit es uns bekannt war — und wir waren gut informiert —, abgesehen von besonderen Konzentrationen, im ganzen genommen etwa dreimal so stark wie die unsere“, schrieb Churchill. (1)

Die Zielsetzung der Luftaggression ändert sich

Oft wird die Behauptung vorgebracht, die britische Royal Air Force habe mit der Bombardierung deutscher Städte ins Reich zurückgetragen, was die Wehrmacht den Menschen der von ihr überfallenen Länder angetan habe. Das ist falsch und lenkt von der nicht nur allgemeinen, sondern ganz konkreten Verantwortung des Faschismus für das Verbrechen des Krieges und eben auch für die Leiden der Zivilbevölkerung in Deutschland ab. Die gravierenden Unterschiede zum Luftkrieg der Alliierten

zeigt bereits das genaue Studium des deutschen Luftkrieges gegen England.

Zum ersten war der Angriff auf Großbritannien ein Akt der Aggression, Teil der gewaltsamen Neuordnung Europas und des Versuchs Hitlerdeutschlands, die Vorherrschaft zu erringen, der Krieg der Anti-Hitler-Koalition in Deutschland dagegen Mittel der Gegenwehr und der Beseitigung der anhaltenden Kriegsursache.

Zum anderen: Die strategische Bombardierung britischer Städte, die sich noch in den letzten Kriegsmonaten im blindwütigen Einsatz der sog. V-Waffen fortsetzte, erfolgte hauptsächlich erst, als sich abzeichnete, daß die deutsche Luftwaffe die britische RAF nicht würde ausschalten können.

In der ersten Phase der Luftschlacht um England griff die Luftwaffe die englischen Geleitzüge im Kanal und die südensüdhlichen Häfen und Flugplätze der RAF an. Ziel war, die RAF in den Kampf zu verwickeln, zu erschöpfen und ihre Bodenorganisation zu schwächen. Die sieggewohnte deutsche Luftwaffe erlitt im Luftkampf mit der Royal Air Force jedoch schwere Verluste und unerwartete Niederlagen. In einer zweiten Phase bis zum 6. September konzentrierte sich die deutsche Luftwaffe auf die Flugplätze und Bodenanlagen der RAF im Süden und Südosten, v. a. im Raum London, und die britische Flugzeugindustrie. In dieser Phase erlitt die RAF schwere Verluste an Maschinen und Piloten. So verlor sie in dieser Phase mehr als 10% der Jagdflugzeugführer. Auch die Beschädigung ihrer Infrastruktur erreichte so katastrophale Ausmaße, daß die Royal Air Force nahe daran war, die Luftherrschaft über Südengland zu verlieren. (4)

Gleichwohl dämmerte der faschistischen Führung auf, daß der für Mitte September vorgesehene Beginn der Invasion nicht mehr einhaltbar war. So

änderte sie die Einsatzbefehle für die Luftwaffe, und ab sofort erfolgten auf Weisung Hitlers die Angriffe der Luftwaffe bei Tag und Nacht auf größere englische Städte. Aber auch in dieser dritten Phase waren kriegswichtige Anlagen und Transportwege noch die Hauptziele. Die massenhafte Bombardierung englischer Städte zur Terrorisierung der Zivilbevölkerung, bei der erstmals systematisch Brandbomben eingesetzt wurden, setzte erst nach dem 17.9.1940 ein, nachdem Hitler nach großen Verlusten der Luftwaffe bei einem Angriff zwei Tage zuvor die Invasion auf unbestimmte Zeit verschoben hatte. Die Luftwaffe konnte die Luftherrschaft über England und den Kanal nicht gewinnen. Ihre wahllosen Bombardements der Städte hatten nicht einmal mehr militärischen Sinn, sondern vor allem nur noch den, die eigenen Anhänger, die der militärische Mißerfolg zu demoralisieren begann, in den Taumel verbrecherischen Triumphs zu versetzen und ihre Moral für die Fortsetzung der Aggression, bald nun gegen die UdSSR, anzuheizen.

Das ist ein zweiter entscheidender Unterschied zur Bombardierung deutscher Städte durch die Alliierten.

Wichtige Erfahrungen

Mit dem Fehlschlag der Luftaggression und des Versuchs einer Invasion hat die faschistische Wehrmacht ihre erste entscheidende Schlacht verloren. Bis zum Sieg über den Faschismus sollte noch ein langer Weg zurückzulegen sein. Aber dafür hatte die Welt wichtige Erfahrungen gesammelt. Der Blitzkrieg war gebrochen. Die Faszination, die der Faschismus durch die Verbindung von Modernität und Terror für viele hatte und die in hohem Maße den Nimbus der

deutschen Luftwaffe begründete, begann zu schwinden.

Praktisch war klar geworden, daß die Befreiung des europäischen Kontinents vom Faschismus nicht möglich sein würde ohne die Luftherrschaft der Anti-Hitler-Kräfte über See und Kontinent.

Ein wesentliches Moment für die weitere Kriegsführung Großbritanniens und dann der Anti-Hitler-Koalition war, daß der Luftkrieg mit dem Scheitern der Luftaggression gegen die Insel nicht beendet war, nicht beendet werden konnte. Hätte Großbritannien nicht alle Anstrengungen unternommen, die Front im Luftkrieg auf den Kontinent und nach Deutschland zu verschieben, wäre es der Luftaggression mit allen furchtbaren Folgen für die Bevölkerung ausgesetzt geblieben.

Im weiteren wollen wir die Ziele un-

tersuchen, die die Anti-Hitler-Koalition bei ihrer Gegenwehr gegen die faschistische Aggression verfolgte. Die bürgerlichen Geschichtsrevisionisten schreiben dem Kriegsziel der bedingungslosen Kapitulation die Verantwortung für das Verbrechen des faschistischen Staates zu, der nicht einmal dann kapituliert, als die militärische Niederlage längst unumstößliche Tatsache war. — (maf, scc)

Quellenhinweise:

- (1) Winston S. Churchill, *Der zweite Weltkrieg*, S. 378
- (2) Liddell Hart, *Geschichte des zweiten Weltkriegs*, Bd. 1, S. 81ff.
- (3) Leonard Mosley, *Die Luftschlacht um England*
- (4) Wolfgang Michalka (Hrsg.), *Der Zweite Weltkrieg*. Siehe insbesondere S. 513ff, Klaus Maier, *Die Luftschlacht über England*.



Die Royal Air Force entscheidet den Kampf um die Luftherrschaft für sich und trägt damit den entscheidenden Anteil an der Abwehr der Invasion. Die Flugzeugbesatzungen leisten im Sommer 1940 gegen einen überlegen scheinenden Gegner Großes. — Bild: Die Besatzung eines britischen Bombers kehrt von einem Nachteinsatz über Deutschland zurück. In dieser Zeit beschränkt sich die britische Bomberflotte weitgehend darauf, Flugblätter über den deutschen Wohngebieten abzuwerfen (Bild links).

In einer Woche über 100 deutsche Flugzeuge abgeschossen!

In der Woche vom 5.-12. Juli wurden über 100 Maschinen der Deutschen Luftwaffe von britischen Jagdflugzeugen vor Englands Küste abgeschossen.

DEUTSCHES VOLK! DAS OKW BELÜGT DICH! Das OKW versucht planmäßig die Verluste der deutschen Luftwaffe. Deutsche Verluste werden durch sechs geteilte! Britische Verluste werden verdreifacht.

Verlangt die Wahrheit!

Betr.: Urabstimmung des BWK in Nordrhein-Westfalen

Köln. Der Beschluß der BWK-Landesmitgliederversammlung NRW, in der Arbeitsgemeinschaft Bund Westdeutscher Kommunisten in der PDS Nordrhein-Westfalen aufzugehen, wurde bei der Urabstimmung des BWK in NRW mit großer Mehrheit bestätigt.

An dieser Urabstimmung, die am 13. Februar endete, beteiligten sich 93 Prozent der Mitglieder in Nordrhein-Westfalen.

Alle Stimmzettel waren gültig. Alle stimmten mit „Ja“.

Der Landesverband NRW des BWK ist damit aufgelöst.

— (BWK-Bundesvorstand, Köln, 15. Februar 1995)

NEU ERSCHIENEN!

KURDISCHE GESCHICHTE IM ÜBERBLICK

Das kleine Buch entstand in den Jahren 1992/93 in München. Kurdische Jugendliche griffen die Anregung auf, in möglichst kompakter Form wichtige Momente kurdischer Geschichte deutschsprachigen Leserinnen und Lesern zugänglich zu machen. Mit den leicht verständlich und informativ geschriebenen Aufsätze schlagen die Jugendlichen eine Brücke zwischen der umfassend von Unterdrückung geprägten kurdischen Lebenssituation zu ihren deutschsprachigen, eurozentrierten Mitmenschen. Komala Kurdistan e.V., der deutsche-kurdische Freundschaftsverein in München, unterstützte die Herausgabe. *Kurdische Geschichte im Überblick.*

Hrg. Memo Arikan, Yvonne Klos. 92 Seiten, 10 DM. GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax 02 21 / 21 53 73 ISBN 3-926922-28-1



Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik — erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmallee 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-

Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 02 21 / 24 69 15.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 10050, Konto Nr. 104 19-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 45,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 91 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weitverkäufer erhalten 30% Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 6949257, Fax: 030 / 6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 381393, Fax: 040 / 3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511 / 3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089 / 5026541, Fax: 089 / 5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04 / 6 57 11, Fax und Dat.-Tel. 03 42 04 / 6 58 93.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte Bankelzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

- 4 Ausgaben für 10 Mark (belegen) zum Kennenlernen. Name:
 - Im Halbjahres-/Jahresabo (39,00 bzw. 78,- DM je Einzelabo) Straße:
 - Im (Halbjahres)-Förderabo (45,50,- DM je Einzelabo). Postleitzahl/Ort:
 - Halb-/Jahresabo für neue Länder (26 bzw. 52,- DM im Jahr) Konto-Nr./BLZ:
- (Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder regionale Bestelladresse

„Das Aufrührerische der Mittel“

Munch Werkschau in der Hamburger Kunsthalle

Das Museum ist voller „widerwärtiger deutscher Kunst“, schrieb der norwegische Maler Edvard Munch 1891 nach einem Besuch in der Hamburger Kunsthalle: „Schmachten die Frauen — Schlachtengemälde mit sich aufbäumenden Pferden — und blanken Kanonenkugeln — du ekelst dich — angewidert bist du.“¹ Mit einer Einzelausstellung tritt Edvard Munch 1892 zum ersten Mal in Deutschland, in Berlin, auf. Die Ausstellung wird zum Skandal, nach nur einer Woche wieder geschlossen. Es sind weniger die Bildthemen als vielmehr die Malweise (siehe Kasten) und künstlerische Auffassung, die Publikum und Veranstalter als Provokation und Beleidigung der Kunst ansehen: „Fern aus dem Nordlande Christiana mußte der Maler Edvard Munch 55 eingerahmte, mit Farbe übertünchte Leinwandstücke und Pappdeckel nach Berlin senden, um uns Berlinern zu beweisen, daß Malen und Zeichnen und ein Bild Ausführen eine veraltete, überflüssige Sache sei, daß man im Gegenteil eine Leinwand nur zu beschmieren brauche und die edle Dreistigkeit haben müsse, diese noch nicht einmal Skizze zu nennenden Machwerke für Kunstwerke auszugeben.“²

Munch wird auf einen Schlag bekannt, Bezugspunkt der deutschen Intellektuellen und Orientierung der Expressionisten. Bernard S. Myers, amerikanischer Kunsthistoriker, beschreibt die damalige Situation so: „Vielleicht das wichtigste Element in der gefühlsgeladenen Revolte der deutschen Intellektuellen war die Auflehnung gegen den Autoritätsglauben. An die Stelle des wirklichkeitsfremden idealistischen Romantizismus traten die ausdrucksstärkeren Äußerungen von Künstlern wie Munch, die in düsteren

Bildern die Not des Menschen schilderten, oder der soziale Realismus einer Käthe Kollwitz und schließlich, zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts, die alles Bisherige sprengende Auflehnung der Expressionisten.“ Und zur Erklärung: „Die innere Erregtheit, in der sich der expressionistische Künstler mit der Welt auseinandersetzt, ist vor allem auf das Fehlen von echten Beziehungen zu Elternhaus, Schule oder Kirche zurückzuführen. Diese Kontaktschwierigkeiten entstanden durch die allzu strengen Forderungen von Familie und Gesellschaft, die starre hierarchische Rangfolge im privaten wie im öffentlichen Leben — durch Respekt also, den die Autorität als solches erheischte ... In dem Maße, in dem er sich der herkömmlichen Autorität von Familie, Schule oder Kunstakademie entfremdet, findet er Ersatz in der Identifizierung mit den Gewalten der Natur, des Unendlichen, des Überweltlichen ... Ebenso wie der moderne Mensch überhaupt in seinem Gefühl der Isolierung dazu neigt, die ihm unerträgliche Vereinsamung einer gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder staatlichen Macht, die größer ist als er selbst und ihm Sicherheit bietet, anheimzugeben, so wandte sich der expressionistische Schriftsteller oder Künstler auf seiner Flucht vor einer Gesellschaftsordnung, die viele Deutsche als nützlich und bequem empfanden, etwas anderem zu, das deren Platz einnehmen sollte.“³

Munch hat sich dennoch nicht irgendwie „anheimgegeben“ und sich auch nicht „auf die Flucht“ begeben. Er hat stattdessen unter den geschilderten Bedingungen aus dem Bewußtsein einer Außenseiterposition heraus die Kraft zur produktiven Hoffnung gefunden: desillusioniert, aber selbstbewußt.



Der Schrei, Öl auf Pappe, 1893

Umgedreht hatte die stehende Rede von der Geisteskrankheit durch die Kritiker, als Antwort auf seine Bildthemen über die Abgründe und Zwänge bürgerlicher Lebensgemeinschaften, seine Rückwirkung.

Die ausgestellten Werke in der Hamburger Kunsthalle, derzeit noch bis zum 23. April 1995 in der Nationalgalerie Berlin zu sehen, zum größten Teil während seines Aufenthaltes in Deutschland geschaffen, lassen einen stark depressiven Künstler vermuten. Munch erlitt auch 1908 einen Zusammenbruch und zog sich nach Norwegen zurück.

Was diese Ausstellung nicht zeigt, aber eine wichtige Phase nach seiner Krankheit ist: Seine Arbeiterbilder aus den Jahren 1910 bis 1930. Er zeichnet Ge-

legenheitsarbeiter, die um 1910 Vertreter einer militanten Arbeiterbewegung in Norwegen waren. Es gibt verschiedene Hinweise darauf, daß Munch sich diesen wurzellosen, umherwandernden Männern verwandt fühlte. So schrieb er: „Solange ich in diesem Land malte, habe ich jeden Fußbreit für meine Kunst mit geballter Faust erkämpft — ich habe auch auf meinem großen Arbeiterbild als Hauptfigur einen Mann mit geballter Faust gemalt.“ Munch begann sich mit den Arbeitern zu identifizieren, daß die Arbeiter und er denselben Kampf gegen denselben Gegner führten, nämlich das Bürgertum.⁴ „Zur Kunst der Zukunft“ führte er aus: „Das Kleinformat mit seinem breiten Rahmen ist doch eine für die Wohnstube be-

Die Trennung der Mittel vom Motiv

Einige Anmerkungen zu Gründen des Munch-Skandals

Nicht im Bildmotiv liegt das (Anstoß erregende) aufrührerische Neue, sondern in der Umformulierung von Farbe und Leinwand zum Gegenstand, in den sich Persönliches ohne Umwege einschreibt: Der Bildkörper als Auffänger des Innern. Die Autonomisierung der Mittel macht den Aufruhr ... Es ist, als ob Munch in einem immer wieder neu einsetzenden Malfuror die Leinwand so bearbeitet hätte wie der Bildhauer sein Holz. Mit Palettmesser und Pinselstiel hat Munch die feuchte oder schon fast trockene Farbmaterie geschabt, geritzt, gekerbt, zerkratzt. Diese Kratzer, teils noch einmal übermalt, teils stehengelassen, zerklüfteten die Oberflächen und bestimmten das Erscheinungsbild: die aufgerissene (Bild-)Haut gehört einem plastischen (Bild-)Körper ...

„Sie begreifen nicht“, schreibt Munch in einer Notiz von 1890 über seine Kritiker, „daß diese Bilder mit Ernsthaftigkeit gemalt sind — im Leiden — daß sie Ergebnis schlafloser Nächte sind — daß sie jemandes Blut gekostet haben — jemandes Nerven“.

Historisch ist diese Autonomisierung der Mittel von allergrößter Bedeutung. Zuerst und oberflächlich deshalb, weil sich daraus die Trennung

der Mittel vom Motiv entwickelt. Also die Ungegenständlichkeit. Sodann, im Kern, deshalb, weil damit eine Position (mit van Gogh vergleichbar und weit über Cezanne hinausweisend) gesetzt ist, nach der das noch Unbekannte über den Menschen nur formuliert und übermittelt werden kann, wenn im Vorgang der Motiventwicklung die Mittel erneuert werden, die Sprache aus dem Gesprochenen neu entsteht (was alsbald nach einer bildlichen Reflexion über den Charakter und die Fähigkeiten dieser Mittel, dieser Sprache verlangt).

Dieser historische Vorgang wirkt nicht nur auf die spätere Kunst, sondern auch auf das ihm folgende Nachdenken über Kunst, über alte ebenso wie über neue Kunst. Denn nun stellt sich vollends heraus, daß moralische Überzeugungskraft und Kritik und Menschlichkeit überhaupt erst sichtbar gemacht werden können, wenn sich die malerische Formulierung erneuert. Nur solange Bildkonventionen, weil sie abgenutzt sind, über Bord geworfen werden, findet sich der Ausdruck für das noch Ungesagte.

An dieser Stelle hat der Konflikt mit dem Betrachter, gerade mit dem bürgerlich gebildeten Betrachter, seine Ursache — auch im Fall Munch. Denn

die Sprache der Mittel ist ihrer Natur nach eine suchende, offene, im Begriff der Ästhetik: eine experimentelle. Sie schließt nicht zu und vertuscht nicht durch jene Kunstfertigkeit, die bürgerlichem Sicherheitsbedürfnis entgegenkommt, sondern sie reißt auf. Unsicherheiten bekundend, erzeugt sie (willentlich) Unsicherheiten. Wer sie scheut, wehrt sie ab, im harmlosesten Fall mit „Geschrei und Gelächter“.

„Das kranke Kind“ bildet eine Gelenkstelle. Am konventionellen, ja modischen Motiv wird die radikale Umdeutung der Malmittel vollzogen. Fortan haben sie nicht bloß dienenden, sondern selbst einen mitteilenden Charakter, werden zum Mitträger des Inhalts.

Edvard Munch selbst hat später den exemplarischen Stellenwert des „Kranken Kindes“ betont: „Es ist vielleicht mein bedeutendstes Bild“. Und bei anderer Gelegenheit: „Es wurde zu einem Durchbruch in meiner Kunst — die meisten meiner späteren Werke verdanken diesem Bild ihre Entstehung.“

aus: Uwe M. Schneede, „Edvard Munch — Das kranke Kind, Arbeit an der Erinnerung“, erschienen in der Reihe „Kunststück“ im Fischer Taschenbuch Verlag.



Arbeiter im Schnee, Lithographie, 1911

rechnete, bürgerliche Kunst. Sie ist eigentlich eine Kunsthändlerkunst, die nach dem Bürgersieg der Französischen Revolution zur Macht gelangt ist. Jetzt ist die Zeit der Arbeiter da. Bald wird die Kunst jedermanns Eigentum sein und ihren Platz an den großen Wänden öffentlicher Gebäude haben.“¹ — (rua)

Quellen:

- 1 „Munch und Deutschland“ Katalog zur Ausstellung S. 142
- 2 Vernissage 12/94, S. 25/S. 57
- 3 Bernard S. Myers, Die Malerei des Expressionismus, S. 11, Büchergilde Gutenberg, 1964
- 4 E. Munch, Arbeiterbilder 1910-1930, Katalog zur Ausstellung 1978, S. 66